

00

Statistische Grundlagen und Übersichten

021-1200

Taschenstatistik der Schweiz 2012

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS

Bundesamt für Statistik
Espace de l'Europe 10
CH-2010 Neuchâtel

Auskünfte:
Telefon 032 713 60 11
Telefax 032 713 60 12

Bestellung von Publikationen:
Telefon 032 713 60 60
Telefax 032 713 60 61
www.statistik.admin.ch

Zeichenerklärung:
Drei Punkte (…) anstelle einer Zahl bedeuten, dass diese unbekannt ist, weil (noch) nicht erhoben oder (noch) nicht berechnet.
Ein Strich (–) anstelle einer Zahl steht für den Wert absolut null.
Eine Zahl mit hochgestelltem «p» bedeutet, dass diese provisorisch ist.

Abkürzungen Kantonsnamen:
Erklärung in Tabelle auf Seite 4.

Rundung:
Im Allgemeinen wird ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei Differenzen zwischen addierten Teilsummen und Gesamtsumme werden die Einzelwerte also nicht angepasst.

Quellen:
Bei der Wiedergabe von statistischen Ergebnissen wurde in der Regel auf Quellenangaben verzichtet. Entsprechende Informationen finden sich im Portal «Statistik Schweiz» www.statistik.admin.ch

Herausgeber:
Bundesamt für Statistik
Sektion Diffusion und Amtspublikationen
Februar 2012. Erscheint in deutscher, französischer, italienischer, rätoromanischer und englischer Sprache.

Konzeption:
Bernhard Morgenthaler †, Armin Grossenbacher
Redaktion:
Heinz Wyder, Etienne Burnier
Grafiken, Layout:
Daniel von Burg, Etienne Burnier
Karten:
Sabine Kuster
Titelseite:
Netthoevel & Gaberthüel, Biel;
Foto: © Jacek Chabraszewski – Fotolia.com
Grafisches Konzept:
Roland Hirter, Bern
Bestellnummer:
021-1200
ISBN:
978-3-303-00457-9

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3
Bevölkerung 4
Raum und Umwelt 9
Arbeit und Erwerb 11
Volkswirtschaft 14
Preise 16
Industrie und Dienstleistungen 17
Land- und Forstwirtschaft 20
Energie 21
Bau- und Wohnungswesen 22
Tourismus 23
Mobilität und Verkehr 24
Die Schweiz und Europa 26
Banken, Versicherungen 28
Soziale Sicherheit 29
Gesundheit 32
Bildung und Wissenschaft 34
Kultur, Medien und Informationsgesellschaft 37
Politik 39
Öffentliche Finanzen 41
Kriminalität und Strafrecht 43
Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung 45
Nachhaltige Entwicklung 49
Regionale Disparitäten 50
Die Schweiz und ihre Kantone 51

Vorwort

Seit 1997 begleitet die Taschenstatistik der Schweiz ihren grossen Bruder, das Statistische Jahrbuch der Schweiz. Sie versammelt in Tabellen, Grafiken und Texten zahlreiche Informationen aus den 21 Themen der Bundesstatistik und ist dadurch ein geschätztes handliches Nachschlagewerk für Politik, Wirtschaft, Verwaltung wie auch für die breite Bevölkerung.

Die Taschenstatistik 2012 dokumentiert einen Meilenstein in der Modernisierung und Zukunftsausrichtung der öffentlichen Statistik: Erstmals finden sich darin die ersten Resultate aus der neuen Volkszählung. An die Stelle der 10-Jahres-Vollerhebungen trat 2011 ein System aus vier im Jahresrhythmus stattfindenden und unterschiedlich ausgerichteten Datenerhebungen: die Registererhebung mit Daten aus den harmonisierten Einwohnerregistern der Kantone und Gemeinden sowie aus den wichtigsten Registern des Bundes, die 200 000 Personen umfassende Strukturerhebung sowie die Stichprobenerhebungen zu wiederkehrenden und auch zu aktuellen Themen. Ich möchte hier allen, die an den Erhebungen teilgenommen haben, für ihr Engagement danken. Das neue System ermöglicht es, auf zeitgemässe Art wichtige Daten zur Entwicklung der Bevölkerung, der Haushalte, der Gebäude und Wohnungen bereitzustellen.

Für die Ausgabe 2012 wurde das Kapitel zu den «Regionalen Disparitäten» überarbeitet und präsentiert nun einige Resultate aus dem «Urban Audit», einem europäischen Vergleich zwischen Städten und Agglomerationen, für die Bereiche Arbeitslosigkeit, Wohnbevölkerung oder die Anzahl der Museen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Dr. Jürg Marti

Direktor
Bundesamt für Statistik (BFS)

Neuchâtel, Januar 2012

Weitere Informationsquellen:

- Pressemitteilungen als Newsletter: Die Pressemitteilungen des BFS können im Originalwortlaut als direkte Newsletter auf Ihre E-Mail-Adresse abonniert werden – prompt und gratis.
  Anmeldung: www.news-stat.admin.ch
- Neues im Portal: die aktuellsten Veröffentlichungen des BFS, zu thematischen Paketen zusammengefasst.
  www.statistik.ch → Aktuell → Neues im Portal.
- Antworten auf spezifische Fragen erteilt das Informationszentrum für Statistik, Telefon 032 713 60 11 oder per E-Mail an:
  info@bfs.admin.ch

Ständige Wohnbevölkerung in den Kantonen 2010

Am Jahresende	Total in 1000	Ausländer in %	Städtisch in %	Dichte je km²	Wachstum 2000–2010 in %
Schweiz	**7 870,1**	**22,4**	**73,7**	**197**	**9,2**
Zürich (ZH)	1 373,1	24,1	95,1	827	13,0
Bern (BE)	979,8	13,4	62,6	168	3,7
Luzern (LU)	377,6	16,7	50,9	264	8,4
Uri (UR)	35,4	9,7	0,0	34	0,2
Schwyz (SZ)	146,7	18,6	80,2	172	12,3
Obwalden (OW)	35,6	13,4	0,0	74	9,5
Nidwalden (NW)	41,0	11,4	87,7	170	7,7
Glarus (GL)	38,6	20,4	0,0	57	0,1
Zug (ZG)	113,1	23,7	96,1	546	12,9
Freiburg (FR)	278,5	18,3	55,8	175	17,6
Solothurn (SO)	255,3	19,8	77,3	323	4,4
Basel-Stadt (BS)	185,0	32,5	100,0	4 999	0,9
Basel-Landschaft (BL)	274,4	19,3	91,8	530	5,3
Schaffhausen (SH)	76,4	23,1	75,8	256	4,1
Appenzell A. Rh. (AR)	53,0	14,2	52,9	218	–1,1
Appenzell I. Rh. (AI)	15,7	10,0	0,0	91	4,2
St. Gallen (SG)	478,9	21,8	66,9	245	6,3
Graubünden (GR)	192,6	16,7	49,8	27	3,2
Aargau (AG)	611,5	21,9	65,8	438	11,8
Thurgau (TG)	248,4	21,5	49,8	288	9,0
Tessin (TI)	333,8	26,0	87,8	122	9,6
Waadt (VD)	713,3	31,0	74,7	253	14,8
Wallis (VS)	312,7	21,0	56,8	60	13,0
Neuenburg (NE)	172,1	23,0	74,6	240	3,7
Genf (GE)	457,7	39,1	99,2	1 862	12,2
Jura (JU)	70,0	12,5	30,5	84	2,0

Ständige Wohnbevölkerung in den grossen Städten 2010

	Stadt		Agglomeration	
	in 1000	Wachstum in % 2000–2010	in 1000	Wachstum in % 2000–2010
Total	**1 077,1**	**7,3**	**3 042,2**	**10,5**
Zürich	372,9	10,0	1 188,6	13,2
Genf	187,5	7,0	526,4	13,2
Basel	163,2	0,9	497,7	4,6
Bern	124,4	1,1	353,3	3,7
Lausanne	127,8	10,5	336,4	12,8
Winterthur	101,3	13,7	139,9	14,6

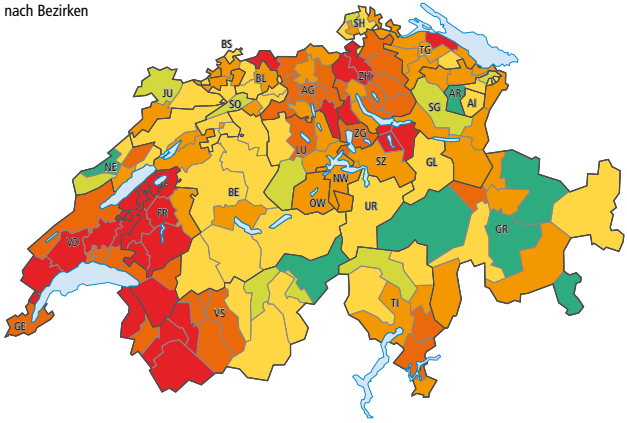
Die Bevölkerung ist mehrheitlich städtisch

74% der Bevölkerung wohnen heute (2010) in städtischen Gebieten; 1930 waren es lediglich 36% gewesen. Rund die Hälfte der städtischen Bevölkerung wohnt in den Agglomerationen der fünf Grossstädte Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne.

Das Bevölkerungswachstum in den städtischen Regionen ist seit dem Jahr 2000 ausgeprägter als in den ländlichen Gebieten (2010: +1,1% gegenüber +0,9%).

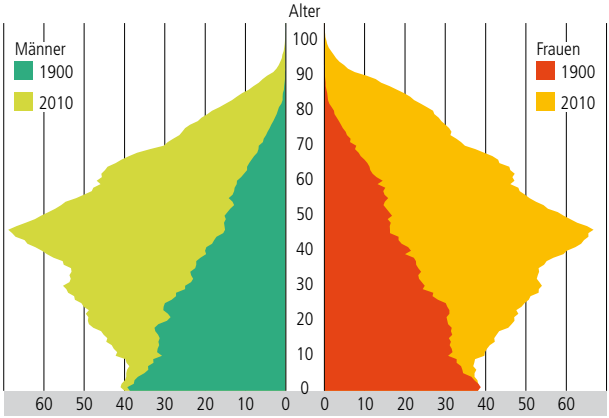
Bevölkerungswachstum 2000–2010

nach Bezirken



Altersaufbau der Bevölkerung

Anzahl Personen in 1000



Eine alternde Gesellschaft

Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist der Anteil der älteren Menschen gestiegen, während derjenige der Jugendlichen (unter 20 Jahren) und der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) gesunken ist. Die Form der Alterspyramide hat sich dabei von einer «Pyramide» (1900) zu einer «Tanne» (2010) gewandelt, wobei die geburtenstarken Jahrgänge 1959 bis 1971 dominieren. Ihnen stehen eine schwächer besetzte Jugendgeneration und eine wachsende Zahl älterer Menschen gegenüber. Die Alterung wird sich fortsetzen. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren dürfte bis 2060 von 17% (2010) auf rund 28% ansteigen. Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz ist in den letzten Jahren vor allem auf den Einwanderungsüberschuss zurückzuführen und nur zu einem geringen Teil auf den Geburtenüberschuss.

Lebendgeborene 2010

Total	80 290
Knaben je 100 Mädchen	104,9
Anteil nicht ehelicher Lebendgeborener in %	18,6
Kinder je Frau [1]	1,5

1 Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, wenn man die altersspezifischen Geburtenziffern im Beobachtungsjahr zu Grunde legt

Todesfälle 2010

Total	62 649
Alter der Gestorbenen	
0–19 Jahre	515
20–39 Jahre	880
40–64 Jahre	8 139
65–79 Jahre	15 881
≥ 80 Jahre	37 234

Internationale Wanderungen 2010

Eingewanderte Personen	161 778
davon Ausländer	139 495
Ausgewanderte Personen	96 839
davon Ausländer	70 528
Wanderungssaldo	64 939
Schweizer	–4 028
Ausländer	68 967

Binnenwanderungen [2] 2010

Total Zu- und Wegzüge	444 813

2 Wanderungen zwischen den politischen Gemeinden, ohne Wanderungen innerhalb einer Gemeinde

Heiraten 2010

Total	43 257
Schweizer/Schweizerin	22 058
Schweizer/Ausländerin	8 328
Ausländer/Schweizerin	7 000
Ausländer/Ausländerin	5 871
Durchschnittsalter bei der Heirat (Jahre)	
Ledige Männer	31,6
Ledige Frauen	29,4

Scheidungen 2010

Total	22 081
mit unmündigen Kindern (%)	43,5
Ehedauer	
0–4 Jahre	2 454
5–9 Jahre	6 117
10–14 Jahre	4 087
15 und mehr Jahre	9 423
Zusammengefasste Scheidungsziffer [3]	54,4

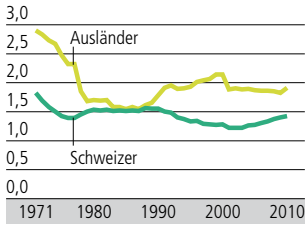
3 Anteil der Ehen, die früher oder später geschieden werden, wenn das Scheidungsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

Mehrlingsgeburten [4] 2010

Total	1 478
davon Zwillingsgeburten	1 456

4 Anzahl Entbindungen; lebend- und totgeborene Kinder

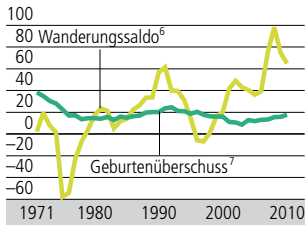
Zusammengefasste Geburtenziffer [5]



5 Kinder je Frau; siehe Anmerkung 1

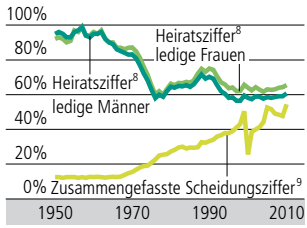
Wanderungssaldo und Geburtenüberschuss

in 1000



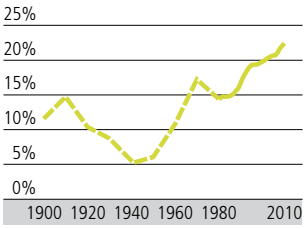
6 Inkl. Statuswechsel: Wechsel von einer Anwesenheitsbewilligung mit einer Gültigkeit von weniger als 12 Monaten zu einer Anwesenheitsbewilligung mit einer Gültigkeit von 12 Monaten oder mehr
7 Lebendgeburten minus Todesfälle

Heiraten und Scheidungen

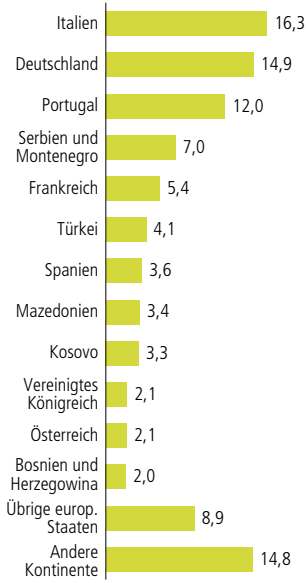


8 Anteil (%) der ledigen Männer, bzw. Frauen jünger als 50 Jahre, die im Laufe der Zeit heiraten werden, wenn das Heiratsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird
9 Siehe Anmerkung 3

Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung



Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Nationalität 2010 in %

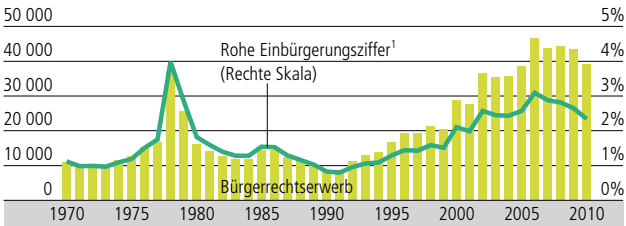


Ausländische Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung 2010 in 1000

Total [1]	**1 837,1**
Aufenthalter (Ausweis B)	577,8
Niedergelassene (Ausweis C)	1 112,3
Kurzaufenthalter (≥ 12 Monate) (Ausweis L)	18,6
Internationale Funktionäre und Diplomaten	28,2
Kurzaufenthalter (< 12 Monate) (Ausweis L)	58,3
Asylsuchende (Ausweis N)	13,3
Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F)	22,8

1 Inkl. Ausgleichsbestand

Erwerb des Schweizer Bürgerrechts



1 Anzahl Bürgerrechtserwerbe in % der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung

Ausländische Bevölkerung: gut die Hälfte ist in der Schweiz geboren oder seit über 15 Jahren hier wohnhaft

Der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung liegt bei 22%. Über die Hälfte der Einwohner ohne Schweizer Pass (51%) lebt seit mehr als 15 Jahren hier oder ist schon hier geboren. Im Jahr 2010 haben 39 300 Personen (2,3% der ausländischen Wohnbevölkerung) die schweizerische Staatsbürgerschaft erworben. Die ausländische Bevölkerung ist jung: Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) entfallen nur deren 11 im Alter ab 65 Jahren (Schweizer: 33). 26% der 2010 in der Schweiz geborenen Kinder besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. 2010 ist die Zahl der Einwanderungen gegenüber dem Vorjahr um 0,9% angestiegen. Dabei stammten 66% der Eingewanderten aus dem EU/EFTA-Raum.

Die Formen des Zusammenlebens ändern sich

Immer weniger Leute leben in einem Familienhaushalt mit Kindern: 1970 waren es 65%, heute (2010) sind es 47%. Immer mehr leben allein (7% bzw. 17%) oder in Paarhaushalten ohne Kinder (18% bzw. 27%).

Der Entscheid zu Heirat und Gründung einer Familie fällt immer später: Das Erstheiratsalter hat bei den Frauen von 24 (1970) auf 29 Jahre (2010) zugenommen, bei den Männern von 26 auf 31 Jahre; das Alter der Mütter bei der ersten Geburt ist von durchschnittlich 25 auf 30 Jahre gestiegen.

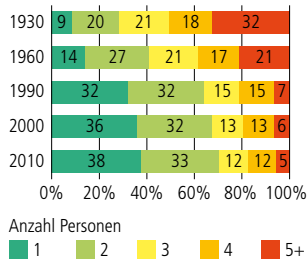
Das traditionelle bürgerliche «Alleinernährermodell» ist heute die Ausnahme: zwei Drittel der Mütter in Paarhaushalten mit jüngstem Kind unter 7 Jahren (69%) sind erwerbstätig – allerdings meist nur teilzeitlich, denn nach wie vor gilt in den meisten Familien: Erwerbsarbeit leisten überwiegend die Väter (in der Regel vollzeitlich), Haus- und Familienarbeit hauptsächlich die Mütter (vgl. S. 48).

Immer mehr Kinder wohnen nur noch bei einem Elternteil. Dieser Anteil ist bei den 15- bis 19-Jährigen besonders hoch (2009: 17%; 1980: 11%).

Sprachen 2000[1]	in %
Deutsch	63,7
Französisch	20,4
Italienisch	6,5
Serbisch und Kroatisch	1,5
Albanisch	1,3
Portugiesisch	1,2
Spanisch	1,1
Englisch	1,0
Türkische Sprachen	0,6
Rätoromanisch	0,5
Übrige slawische Sprachen	0,3
Übrige Sprachen	1,9

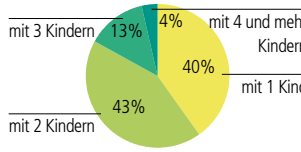
1 Bevölkerung nach Hauptsprachen

Haushaltsgrösse
Nur Privathaushalte



Privathaushalte 2010	in 1000
Total	**3 436,0**
Einpersonenhaushalte	1 289,7
Familienhaushalte	2 105,3
Paare ohne Kinder	989,2
Paare mit Kindern	897,8
Elternteil mit Kindern	184,2
Einzelperson mit Elternteil	34,2
Nichtfamilienhaushalte	40,9

Familienhaushalte mit Kindern 2000
Nur ledige Kinder unter 18 Jahre



Religionszugehörigkeit 2000	in %
Protestantisch[1]	35,3
Römisch-katholisch	41,8
Christkatholisch	0,2
Christlich-orthodox	1,8
Andere christliche Gemeinschaften	0,2
Jüdische Glaubensgemeinschaft	0,2
Islamische Gemeinschaften	4,3
Andere Kirchen und Religiongemeinschaften	0,8
Keine Zugehörigkeit	11,1
Ohne Angabe	4,3

1 Inkl. Neuapostolische Kirchen und Zeugen Jehovas

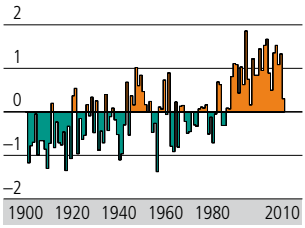
▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Bevölkerung

Witterung 2010

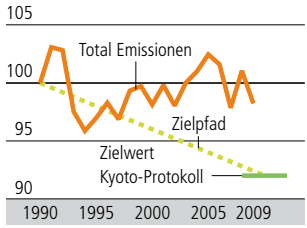
Station	Mittlere Lufttemperatur °C	Abw.[1] in °C	Jährliche Niederschlagsmenge mm	Index[2]	Jährliche Sonnenscheindauer Std.	Index[2]
Lugano (273 m ü. M.)	12,1	0,5	1 854	120	1 949	96
Basel-Binningen (316)	9,9	0,3	835	107	1 480	93
Genf-Cointrin (420)	10,1	0,5	812	85	1 777	105
Neuenburg (485)	9,8	0,5	713	76	1 679	108
Sitten (482)	10,1	0,9	480	80	2 057	103
Zürich / Fluntern (556)	8,8	0,3	1 002	92	1 477	100
Bern-Zollikofen (553)	8,6	0,7	915	89	1 659	101
St. Gallen (776)	7,6	0,2	1 513	121	1 443	109
Davos (1594)	2,7	–0,1	1 003	100	1 617	96

1 Abweichung vom langjährigen Mittelwert (1961 – 1990)
2 100 = langjähriger Mittelwert (1961 – 1990)

Temperaturabweichung
vom Mittelwert 1961–1990, in °C



Treibhausgas-Emissionen
Index 1990 = 100



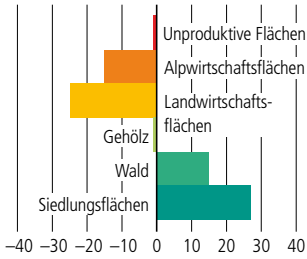
Klimawandel

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist eine globale Zunahme der Temperatur zu beobachten, die mit natürlichen Einflussfaktoren allein nicht erklärbar ist. Dabei spielt der Treibhauseffekt eine zentrale Rolle. Dieses an sich natürliche Phänomen wird durch menschliche Einwirkung verstärkt, insbesondere durch das Verbrennen fossiler Energieträger und den damit verbundenen Ausstoss des Treibhausgases Kohlendioxid (CO_2). Hauptverursacher dieser Emissionen sind der Verkehr (insbesondere Strassenverkehr), die Haushalte (Gebäudeheizungen und Warmwasser) und die Industrie.

Bodennutzung
Erhebungsperiode 1992 – 1997

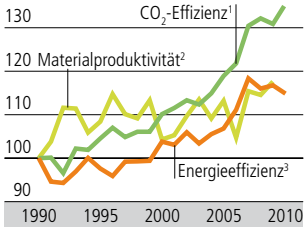
	km²	%
Gesamtfläche	**41 285**	**100**
Wald, Gehölze	12 716	30,8
Landwirtschaftsflächen	9 873	23,9
Alpwirtschaftsflächen	5 378	13,0
Siedlungsfläche	2 791	6,8
Gewässer	1 740	4,2
Andere unprod. Flächen	8 787	21,3

Bodennutzungswandel
Entwicklung 1979/85 – 1992/97
Quadratkilometer pro Jahr



Ökoeffizienz

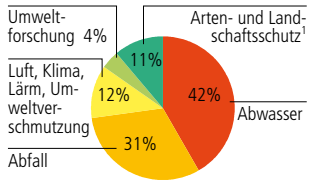
Index 1990 = 100



1 BIP / CO_2-Emissionen
2 BIP / Totaler Materialaufwand
3 BIP / Endenergieverbrauch

Öffentliche Ausgaben im Umweltschutz 2009

Total: 4,0 Mrd. Fr.



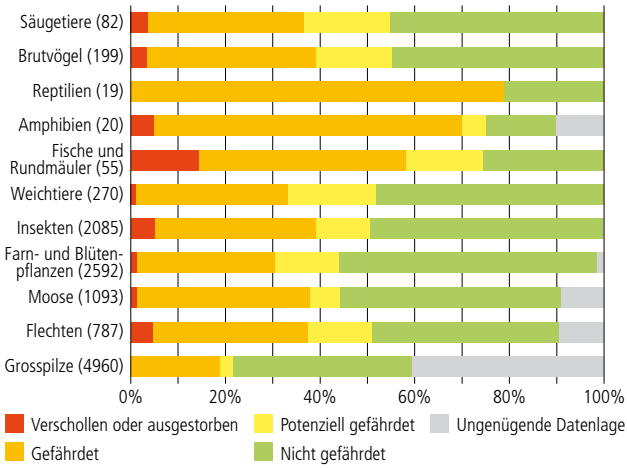
1 Inkl. Direktzahlungen an die Landwirtschaft für ökologische Leistungen

Ökoeffizienz

Eine Steigerung der Ökoeffizienz wird dadurch erreicht, dass im Verhältnis zur verursachten Umweltbelastung, z.B. zum ausgestossenen CO_2, zur benötigten Energiemenge oder zum globalen Materialaufwand eine höhere Wirtschaftsleistung erzielt wird. Eine steigende Ökoeffizienz im Inland kann verschiedene Ursachen haben: einerseits den Einsatz umweltfreundlicherer Technologien, andererseits strukturelle Veränderungen, z.B. die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors oder die Verlagerung von umweltbelastenden Produktionsprozessen ins Ausland.

Biodiversität – bedrohte einheimische Arten

Stand: 1994–2010 je nach Artengruppe

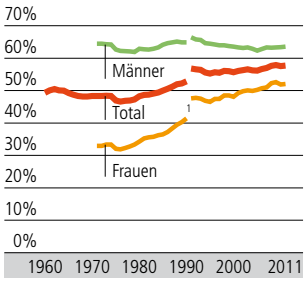


Biodiversität

Der landschaftliche Reichtum der Schweiz zeigt sich in einer Vielzahl unterschiedlicher Lebensräume für Pflanzen und Tiere – entsprechend günstig sind die Voraussetzungen für eine hohe Biodiversität. Das Wirken des Menschen übt jedoch Druck auf die biologische Vielfalt aus. Während die landschaftliche Umgestaltung durchaus auch Lebensräume für neue Arten schafft, führt die Uniformisierung und intensive Nutzung der Landschaft zu Populationsrückgängen und zu Artenverlusten.

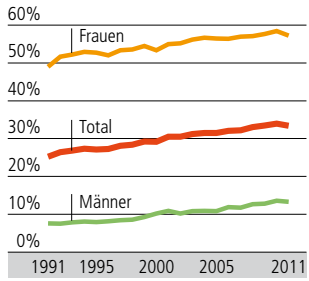
▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Raum, Umwelt

Erwerbspersonen
in % der ständigen Wohnbevölkerung

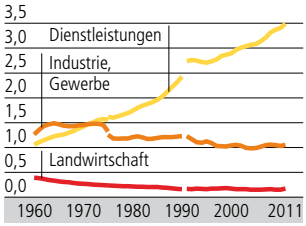


1 Ab 1991 neue Berechnungsmethode

Teilzeiterwerbstätige
in % der Erwerbstätigen



Erwerbstätige[1] nach Wirtschaftssektor in Mio.



1 Ab 1975 bzw. 1991 neue Berechnungsmethode

Erwerbstätige nach Erwerbsstatus[1]
2. Quartal, ständige Wohnbevölkerung, in 1000

	2010	2011
Total	**4 282**	**4 368**
Selbständige	571	591
Mitarbeitende Familienmitglieder	85	88
Arbeitnehmende	3 398	3 455
Lehrlinge	228	234

1 Soziologische Definition

Erwerbstätige nach Aufenthaltsstatus und Geschlecht in 1000

	1991	1995	2000	2009	2010	2011
Total	**4 135**	**3 993**	**4 107**	**4 572**	**4 594**	**4 719**
Schweizer/innen	3 084	3 001	3 138	3 330	3 339	3 402
Ausländer/innen	1 051	992	969	1 242	1 255	1 317
Niedergelassene	551	564	588	611	626	636
Aufenthalter/innen	177	202	181	346	341	368
Saisonniers[1]	85	43	25	–	–	–
Grenzgänger/innen	183	148	140	219	228	245
Kurzaufenthalter/innen	21	19	20	47	43	46
Übrige Ausländer/innen	34	17	15	19	17	22
Männer	2 425	2 306	2 319	2 499	2 530	2 596
Frauen	1 710	1 687	1 788	2 073	2 064	2 123

1 Saisonarbeiterbewilligungen werden seit dem 1.6.2002 nicht mehr ausgestellt

Starke Zunahme der erwerbstätigen Frauen

Zwischen 2006 und 2011 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen (+10,3% auf 2,121 Mio.) stärker zugenommen als diejenige der erwerbstätigen Männer (+8,6% auf 2,587 Mio.). Frauen vereinen zunehmend Berufs- und Familienleben und besetzen mehrheitlich Teilzeitstellen. So arbeiten im Jahr 2011 57,4% der Frauen Teilzeit (2006: 56,5%). Von den Männern hingegen sind lediglich 13,5% teilzeitlich erwerbstätig, doch auch bei ihnen hat die Teilzeiterwerbstätigkeit seit 2006 leicht zugenommen (+1,5 Prozentpunkte). Die erhöhte Erwerbsbeteiligung der Frauen wurde auch durch die Tertiärisierung der Wirtschaft begünstigt, denn 86,4% der erwerbstätigen Frauen arbeiten 2011 im tertiären Sektor (Männer: 63,8%).

Ausländische Arbeitskräfte

Ein wichtiger Faktor auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt sind die ausländischen Arbeitskräfte. Das starke Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre ohne den Zustrom der «Gastarbeiter» nicht möglich gewesen. Ihr Anteil übersteigt seit den 60er- Jahren stets 20% und beträgt 2011 27,9%. Besonderes Gewicht haben die Ausländerinnen und Ausländer im Industriesektor (2011: 36,8%; Dienstleistungssektor: 26,1%).

Zwei Drittel der ausländischen Erwerbstätigen (2011: 68,4%) sind Staatsangehörige eines EU- oder EFTA-Landes. Davon stammen rund die Hälfte aus Deutschland (26,5%) und Italien (23,0%).

Von den ausländischen Erwerbspersonen, die in den vergangenen 10 Jahren in die Schweiz eingewandert sind, haben über vier Fünftel (82,9%) eine Ausbildung auf Sekundarstufe II oder Tertiärstufe abgeschlossen. Bei den Ausländerinnen und Ausländern, die früher zugewandert sind, beträgt der entsprechende Anteil nur 58,0%.

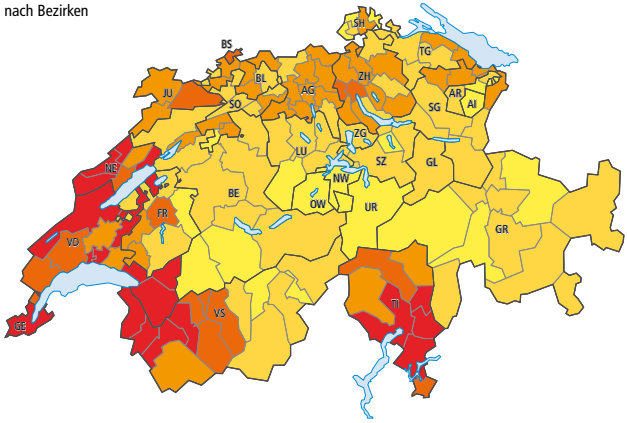
Arbeitslosigkeit [1]

	1991	1995	2000	2010	2011
Arbeitslose	39 222	153 316	71 987	151 986	122 892
Anteil Langzeitarbeitslose [2] in %	4,4	28,7	20,1	21,4	20,1
Arbeitslosenquote in %	1,1	4,2	1,8	3,9	3,1
Männer	1,0	3,9	1,7	3,8	3,0
Frauen	1,2	4,8	2,0	3,9	3,3
Schweizer	0,8	3,2	1,3	2,8	2,2
Ausländer	2,1	8,0	3,7	7,5	6,1
15 – 24 Jahre	1,1	3,9	1,8	4,4	3,2

1 Arbeitslosigkeit gem. SECO – Erwerbslosenquote gemäss internationaler Definition: siehe Seite 26
2 Dauer der Arbeitslosigkeit > 12 Monate

Arbeitslosenquote 2011

nach Bezirken



Anteil der Arbeitslosen (gemäss SECO) an allen Erwerbspersonen, in %

< 1,5 | 1,5 – 2,4 | 2,5 – 3,4 | 3,5 – 4,4 | ≥ 4,5 | CH: 3,1

Lohnniveau 2010 Monatlicher Bruttolohn[1], Median

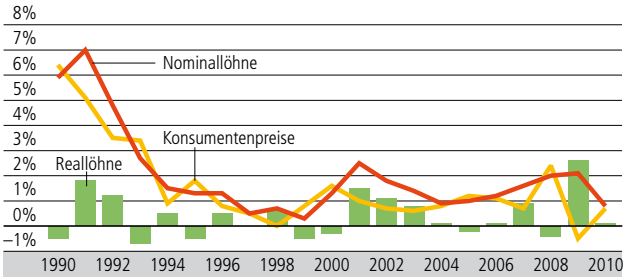
	Anforderungsniveau[2]				
	Total	a	b	c	d
Schweiz[3]	**5 979**	**11 311**	**7 134**	**5 724**	**4 540**
Genferseeregion (VD, VS, GE)	6 083	11 917	7 429	6 067	4 727
Espace Mittelland (BE, FR, SO, NE, JU)	5 890	10 475	6 870	5 680	4 644
Nordwestschweiz (BS, BL, AG)	6 220	11 963	7 268	5 850	4 591
Zurich (ZH)	6 349	12 819	7 749	5 805	4 481
Ostschweiz (GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG)	5 568	9 523	6 500	5 389	4 418
Zentralschweiz (LU, UR, SZ, OW, NW, ZG)	5 932	10 667	6 824	5 612	4 548
Tessin (TI)	5 076	8 690	5 907	5 274	3 948

Monatlicher Bruttolohn[1], privater und öffentlicher Sektor 2010 Median, in Franken

	Anforderungsniveau[2]			
	Total	a + b	c	d
Kommunaler öffentlicher Sektor[4]	7 202	8 263	6 865	5 424
Kantonaler öffentlicher Sektor	7 777	9 382	6 972	5 476
Bund	7 249	9 667	6 582	5 897
Privater Sektor, insgesamt	5 928	7 629	5 674	4 525
Privater Sektor, Unternehmen mit weniger als 5 Beschäftigte	5 082	5 746	4 831	3 987
Privater Sektor, Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigte	6 546	9 960	6 154	4 529

1 Standardisierter Monatslohn: Vollzeitäquivalent basierend auf 4 1/3 Wochen à 40 Arbeitsstunden
2 Anforderungsniveau
a = Verrichtung höchst anspruchsvoller und schwierigster Arbeiten
b = Verrichtung selbstständiger und qualifizierter Arbeiten
c = Berufs- und Fachkenntnisse vorausgesetzt
d = Einfache und repetitive Tätigkeiten
3 Privater Sektor und öffentlicher Sektor (Bund) zusammen
4 Angaben 2008

Entwicklung der Nominallöhne, der Konsumentenpreise und der Reallöhne Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Entwicklung der Reallöhne Index 1939 = 100

	1980	1990	2000	2008	2009	2010
Total	**254**	**272**	**279**	**290**	**298**	**298**
Männer	241	257	264	273	280	280
Frauen	279	302	311	326	335	336

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Arbeit und Erwerb

Breit abgestütztes Wachstum der Schweizer Wirtschaft im Jahr 2010

Nach einem äusserst verdriesslichen Jahr 2009 infolge der Finanzkrise verzeichnete die Schweizer Wirtschaftstätigkeit, gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP), einen signifikanten Anstieg um 2,7%. Die Exportbranchen konnten von einer deutlich günstigeren internationalen Wirtschaftslage profitieren. Auch der Maschinen- und Ausrüstungsindustrie kam der starke Investitionsanstieg in der Schweiz zugute. Die Finanzinstitute spürten hingegen noch die Auswirkungen der Finanzkrise, erzielten aber dennoch ein leichtes Wachstum.

Alle Nachfragekomponenten konnten ein Wachstum verbuchen. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen wiesen nach dem Rückgang im Jahr 2009 wieder eine positive Entwicklung auf, was auf das Auftragswachstum sowie die ermutigenden Aussichten für die Schweizer Industrie zurückzuführen ist. Die Bauinvestitionen setzten ihr Wachstum namentlich dank der weiterhin tiefen Hypothekarzinsen fort. Im Aussenhandel konnten dank der besseren Wirtschaftslage der wichtigsten Handelspartner der Schweiz sowohl die Exporte wie auch die Importe einen Anstieg verzeichnen und der Beitrag des Aussenhandels war wieder positiv.

Nach dem starken Wachstum im Jahr 2009 (+9,1%) stieg das Bruttonationaleinkommen (BNE) 2010 um 6,9%. Diese Zunahme lässt sich weitgehend durch die verbesserten Ergebnisse der im Ausland ansässigen Tochtergesellschaften von Schweizer Unternehmen sowie durch den Rückgang der ans Ausland geleisteten Vermögenserträge erklären. Insgesamt ergab sich 2010 ein positiver Einkommenssaldo mit dem Ausland. Der Überschuss belief sich auf 42,5 Milliarden und übersteigt damit zum ersten Mal das Niveau vor der Finanzkrise (37 Milliarden im Jahr 2006).

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) und seine Komponenten

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, zu Preisen des Vorjahres

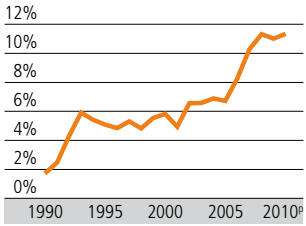
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009[p]	2010[p]
BIP	**0,4**	**–0,2**	**2,5**	**2,6**	**3,6**	**3,6**	**2,1**	**–1,9**	**2,7**
Konsumausgaben	0,3	1,1	1,4	1,6	1,4	1,9	1,6	1,7	1,6
Bruttoinvestitionen	–0,6	–1,2	3,5	2,4	1,6	–0,4	–2,7	–3,2	1,5
Exporte	–0,1	–0,5	7,9	7,8	10,3	9,6	3,1	–8,6	8,4
Importe	–1,1	1,3	7,3	6,6	6,5	6,1	0,3	–5,5	7,3
BIP in Milliarden Fr. zu laufenden Preisen	434	438	451	464	491	521	545	536	551

Tendenziell zunehmende Bedeutung des Aussenbeitrags

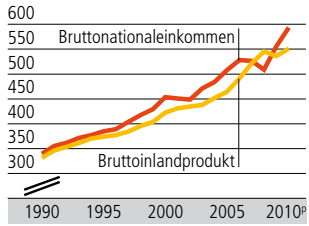
Der Aussenhandel wirkt seit 1997 als Wachstumsmotor. Zeiträume mit einer kräftigen wirtschaftlichen Expansion fallen denn auch mit einem florierenden Aussenhandel zusammen. Die Ausfuhren trugen in den wirtschaftlich guten Jahren (1997 bis 2000 und 2004 bis 2007) am meisten zum BIP-Wachstum bei. Durch die dynamischen Exporte ist der Anteil des Aussenbeitrags (Ausfuhren minus Einfuhren) am BIP gewachsen, was die zunehmende Bedeutung der übrigen Welt für die Schweizer Wirtschaft aufzeigt. Im Jahr 2009 spürte die Schweiz deshalb auch deutlich die weltwirtschaftliche Verlangsamung. Diese hatte einen negativen Beitrag des Aussenhandels zur Folge und trug deshalb signifikant zum Rückgang des BIP bei. Im Jahr 2010 leistet der Aussenhandel wieder einen positiven Beitrag (+1,3 Prozentpunkte) zum BIP-Wachstum.

Die zunehmende Bedeutung der übrigen Welt zeigt sich auch bei den im Ausland erwirtschafteten Erträgen: Diese spielen eine immer grössere Rolle für das Bruttonationaleinkommen (BNE), das in der Regel höher ausfällt als das BIP. Die Jahre 2007 und 2008 heben sich mit einem deutlich weniger dynamischen BNE von diesem Trend klar ab. Verantwortlich dafür waren die Verluste der Niederlassungen von Schweizer Banken im Ausland.

Anteil des Aussenbeitrags am BIP
zu laufenden Preisen

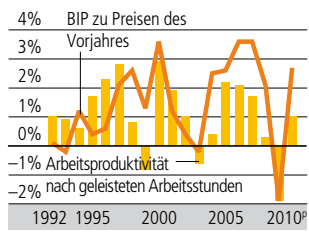


BIP und BNE zu laufenden Preisen
in Milliarden Schweizer Franken



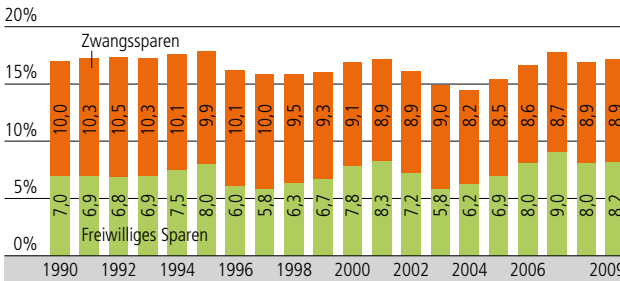
Wenn die anhand des BIP gemessene Wirtschaftstätigkeit bekannt ist, kann auch die Effizienz untersucht werden, mit der die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) zum Einsatz kommen. Die Effizienz der Arbeit ergibt sich aus der Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden, d.h. aus der Wertschöpfung, die in einer Arbeitsstunde geschaffen wird.

Jährliche Wachstumsrate



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden und den Verlauf des BIP. Im Allgemeinen sind bei diesen beiden Kurven ähnliche Trends auszumachen. In einer Expansionsphase (wachsendes BIP) steigt meistens auch die Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden, in einer Phase der konjunkturellen Verlangsamung (stagnierendes oder rückläufiges BIP) nimmt auch die Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden ab.

Sparquote der privaten Haushalte und POoE[1]
Anteile am verfügbaren Bruttoeinkommen



1 Private Organisationen ohne Erwerbscharakter im Dienste der Haushalte

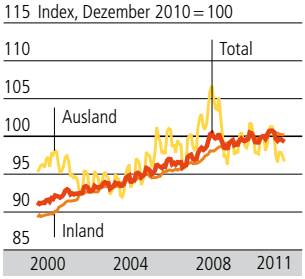
▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Volkswirtschaft

Entwicklung der Konsumentenpreise

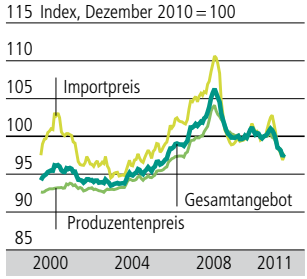
Veränderung der Jahresdurchschnitte in %

	2007	2008	2009	2010	2011
Total	**0,7**	**2,4**	**–0,5**	**0,7**	**0,2**
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	0,5	3,1	–0,2	–1,1	–3,3
Alkoholische Getränke und Tabak	2,1	2,6	2,7	1,2	1,7
Bekleidung und Schuhe	0,3	4,0	2,4	1,1	1,4
Wohnen und Energie	2,1	4,9	–1,1	2,4	2,4
Hausrat und laufende Haushaltsführung	0,3	0,8	0,8	–0,4	–1,3
Gesundheitspflege	–0,2	–0,2	0,3	–0,2	–0,2
Verkehr	1,0	3,5	–3,3	2,4	1,1
Nachrichtenübermittlung	–3,0	–2,9	–4,9	–1,4	0,1
Freizeit und Kultur	–0,5	0,6	–0,6	–2,1	–3,3
Erziehung und Unterricht	1,6	1,5	1,6	1,2	1,4
Restaurants und Hotels	1,4	2,3	1,7	0,8	1,5
Sonstige Waren und Dienstleistungen	0,1	0,8	0,5	1,3	0,2

Konsumentenpreise nach Herkunft der Güter



Produzenten- und Importpreisindex



Preisniveauindizes im internationalen Vergleich 2010

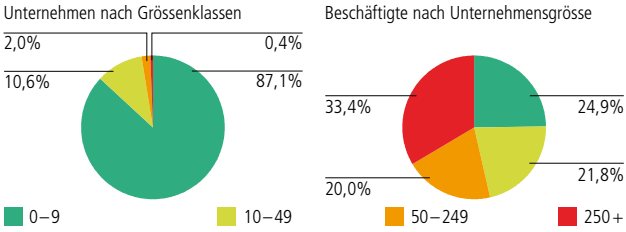
EU-27 = 100

	Schweiz	Deutschland	Frankreich	Italien
Bruttoinlandprodukt	143	105	113	105
Tatsächlicher Individualverbrauch	151	104	111	105
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	149	110	109	106
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	112	99	109	104
Bekleidung und Schuhe	125	103	105	104
Wohnungswesen, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	195	108	123	104
Innenausstattung, Ausrüstungsgegenstände und Haushaltsführung	123	99	108	105
Gesundheitspflege	148	105	112	119
Verkehr	115	106	105	94
Nachrichtenübermittlung	107	83	121	103
Freizeit und Kultur	133	104	106	106
Erziehung und Unterricht	218	99	117	103
Gaststätten und Hotels	142	104	103	107
Sonstige Waren und Dienstleistungen	146	103	112	106
Tatsächlicher Kollektivverbrauch	165	115	131	119
Bruttoanlageinvestitionen	136	113	112	98
Maschinen und Geräte	117	100	100	104
Baugewerbe	164	127	121	96
Software	120	93	104	100

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Preise

Fortgesetzter Strukturwandel, anhaltende Dominanz der KMU
Der Anteil des Tertiärsektors an der Gesamtbeschäftigung ist zwischen 2001 und 2008 von 68,5% auf 69,6% (nur marktwirtschaftliche Unternehmen) gestiegen. Insgesamt sind rund 280 000 neue Stellen entstanden: 51 000 im sekundären und 229 000 im tertiären Sektor (das entspricht einem Wachstum von 5,0% bzw. 10,4%). Am meisten zugelegt haben das «Gesundheits- und Sozialwesen» (um 89 000 bzw. 29,6%) sowie die «Freiberuflichen, wissenschaftlichen und technische Dienstleistungen» (um 39 000 bzw. 17,2%); einzelne Wirtschaftszweige haben Beschäftigungseinbussen hinnehmen müssen: am deutlichsten die «Papier- und Druckindustrie» (–9500 bzw. –18,7%) sowie die «Textil-, Bekleidungs- und lederverarbeitende Industrie» (–4800 bzw. –20,8%). Weiterhin ungebrochen ist die Dominanz der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), also solcher mit weniger als 250 Beschäftigten. Die KMU machen 99,6% der marktwirschaftlichen Unternehmen und zwei Drittel deren Beschäftigten aus (2008).

Unternehmensgrösse[1] 2008



1 Nur marktwirtschaftliche Unternehmen. Die Grösse der Unternehmen bemisst sich nach der Zahl der Vollzeitäquivalente (Teilzeit- auf Vollzeitstellen umgerechnet).

Marktwirtschaftliche Unternehmen, Beschäftigte nach Branchen

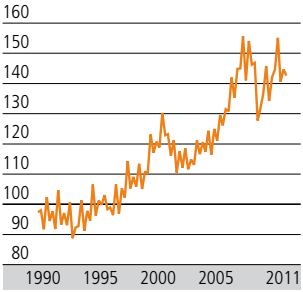
gemäss NOGA 2008, in 1000	2008 Unternehmen	Beschäftigte
Total	**312,9**	**3 494,1**
Sektor 2	**73,1**	**1 063,2**
davon:		
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,2	4,4
Herstellung von Nahrungsmitteln und Tabakerzeugnissen	2,2	66,5
Herstellung von Textilien und Bekleidung	1,6	18,3
Herstellung von Holzwaren, Papier und Druckerzeugnissen	9,1	80,5
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	0,2	35,2
Herstellung von Metallerzeugnissen	7,5	109,3
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und Uhren	2,2	115,6
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	0,8	42,1
Energieversorgung	0,4	24,4
Hoch- und Tiefbau	5,3	103,3
Sektor 3	**239,8**	**2 430,8**
davon:		
Grosshandel	19,8	202,5
Detailhandel	34,7	369,3
Beherbergung	4,8	76,8
Gastronomie	20,8	149,7
Informationstechnologische und Informationsdienstleistungen	11,2	70,5
Erbringung von Finanzdienstleistungen	1,6	131,3
Architektur- und Ingenieurbüros	18,1	93,7
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	11,2	140,0
Gesundheitswesen	16,7	263,5

Neugründungen von Unternehmen 2009

Wirtschaftsabteilungen (NOGA 2008)	Neue Unternehmen	Geschaffene Stellen	Geschaffene Vollzeitstellen	Geschaffene Teilzeitstellen
Total	**11 471**	**21 793**	**14 444**	**7 349**
Sektor 2	**1 878**	**3 883**	**3 063**	**820**
Industrie und Energie	641	1 219	880	339
Baugewerbe	1 237	2 664	2 183	481
Sektor 3	**9 593**	**17 910**	**11 381**	**6 529**
Handel und Reparaturen	2 115	3 806	2 394	1 412
Verkehr und Lagerei	374	716	533	183
Gastgewerbe, Beherbergung	272	1 002	574	428
Information und Kommunikation	959	1 652	1 187	465
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	700	1 423	1 012	411
Immobilienwesen, wirtschaftliche Dienstleistungen	1 138	2 351	1 339	1 012
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	2 804	4 436	3 086	1 350
Unterrichtswesen	213	383	195	188
Gesundheits- und Sozialwesen	405	1 020	439	581
Kunst, Unterhaltung und Erholung	233	499	217	282
Sonstige Dienstleistungen	380	622	405	217

Produktion im sekundären Sektor

Index: Jahresdurchschnitt 1995 = 100
Quartalsergebnisse



Insgesamt ist die Produktion im sekundären Sektor (ohne Baugewerbe) zwischen 1990 und 2010 um 48% gewachsen. Die Entwicklung ist stark konjunkturabhängig. So sank die Produktion in den Rezessionsjahren 2002 und 2003 und stieg mit der guten Konjunkturlage ab 2004 wieder an. In Folge der globalen Finanzkrise brach sie Ende 2008 erneut ein. Doch die Lage begann sich 2010 zu verbessern.

Detailhandelsumsätze Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

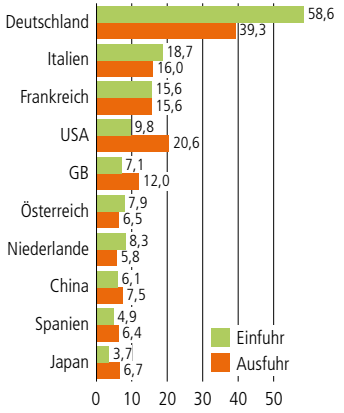
		2006	2007	2008	2009	2010
Total	**nominal**	**2,8**	**3,5**	**4,1**	**0,0**	**1,2**
	real	**3,3**	**4,2**	**3,1**	**0,5**	**2,4**
davon:						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak und Raucherwaren	nominal	2,0	2,9	7,4	1,9	1,6
	real	1,9	2,1	4,2	1,7	2,4
Bekleidung, Schuhe	nominal	3,0	4,3	0,3	–1,4	1,3
	real	1,0	4,1	–3,6	–4,0	0,2
Treibstoffe	nominal	8,6	4,5	9,4	–15,4	1,5
	real	1,1	2,0	2,0	–2,2	–6,4
Total ohne Treibstoffe	**nominal**	**2,6**	**3,5**	**3,9**	**0,9**	**1,2**
	real	**2,9**	**3,9**	**2,5**	**0,9**	**2,2**

Arbeitskosten

Die Arbeitskosten umfassen die Gesamtheit der von den Arbeitgebern im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften aufgewendeten Kosten und machen in der Regel den grössten Anteil der Produktionskosten aus. Sie setzen sich in der Schweiz wie folgt zusammen: 83,4% entfallen auf Löhne und Gehälter, 15,0% auf Sozialbeiträge der Arbeitgeber und 1,6% auf Kosten für die berufliche Bildung und die Personalrekrutierung sowie auf sonstige Aufwendungen (2008, total Sektoren II und III).

Die Arbeitskosten bilden einen Schlüsselindikator zum Vergleich der Attraktivität der einzelnen Wirtschaftsstandorte und variieren stark von Land zu Land. Mit durchschnittlichen Arbeitskosten von € 35.1 pro geleistete Arbeitsstunde in der Industrie und in weiten Teilen des Dienstleistungssektors (2008) bildet die Schweiz, zusammen mit Belgien (€ 33.7), Luxemburg (€ 33.6), Frankreich (€ 31.8), Dänemark und Schweden (€ 34.7 resp. € 33.3 im Jahr 2007) eine Spitzengruppe.

Aussenhandel: die wichtigsten Partner 2010 in Milliarden Franken



Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt. Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz sind 2010 die Industrieländer, mit denen 75% der Warenausfuhren und 85,8% der Wareneinfuhren getätigt wurden. Von besonderem Gewicht ist dabei die EU (58,6% der Ausfuhr, 77,5% der Einfuhr).

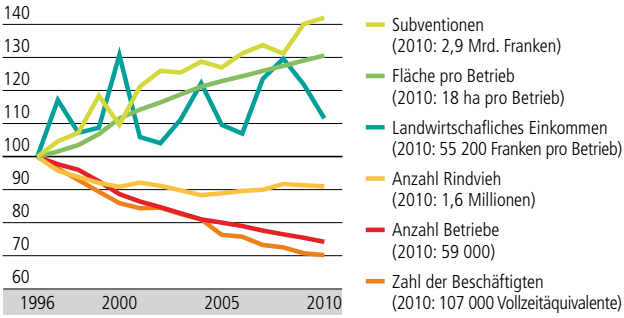
Aussenhandel: die wichtigsten Güter in Millionen Franken

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1990	2009	2010	1990	2009	2010
Total	**96 611**	**168 998**	**183 436**	**88 257**	**187 448**	**203 484**
davon:						
Land- und forstwirtschaftliche Produkte	8 095	13 306	13 398	2 998	8 262	8 498
Textilien, Bekleidung, Schuhe	8 806	9 042	8 956	4 984	3 688	3 386
Chemikalien	10 625	34 964	37 787	18 422	71 771	75 909
Metalle	9 025	12 323	14 379	7 537	10 489	12 739
Maschinen, Elektronik	19 794	29 250	31 438	25 527	33 741	36 435
Fahrzeuge	10 230	14 961	16 581	1 485	5 343	4 013
Instrumente, Uhren	5 786	15 378	18 620	13 330	32 407	36 971

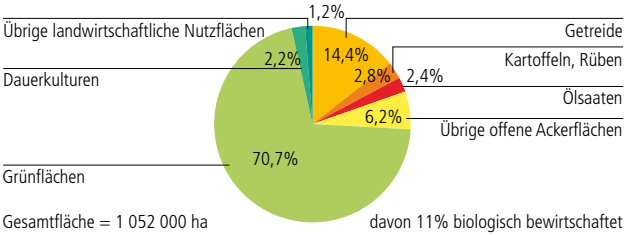
▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Industrie und Dienstleistungen

Die landwirtschaftlich genutzten Flächen und die Waldflächen bedecken 37% resp. 31% der Schweizer Landesfläche. Die Landschaft wird also stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Zusätzlich zur Produktion von Nahrungsmitteln, Baumaterialien oder erneuerbarer Energie tragen diese beiden Branchen ebenfalls zur Erhaltung der dezentralisierten wirtschaftlichen Tätigkeit, der landschaftlichen Vielfalt und der Biodiversität bei. 2010 trugen diese beiden Branchen zusammen 1,1% zur Bruttowertschöpfung der Schweizer Wirtschaft bei.

Einige Schlüsselindikatoren der Landwirtschaft Index 1996=100



Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche 2010
ohne Sömmerungsweiden



Gesamtfläche = 1 052 000 ha

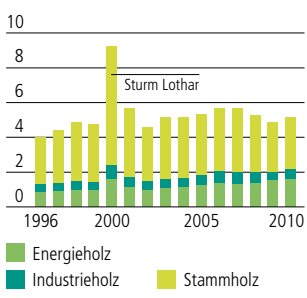
davon 11% biologisch bewirtschaftet

Produktionswert[1] der Landwirtschaft 2010

	in %
Pflanzliche Erzeugung	43,8
Getreide	3,6
Futterpflanzen	12,0
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	14,1
Obst und Weintrauben	5,1
Wein	4,4
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse	4,6
Tiere und tierische Erzeugnisse	46,6
Rinder	11,9
Schweine	9,2
Milch	20,5
Sonstige Tiere und tierische Erzeug.	5,0
Landwirtschaftliche Dienstleistungen	6,4
Nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	3,3

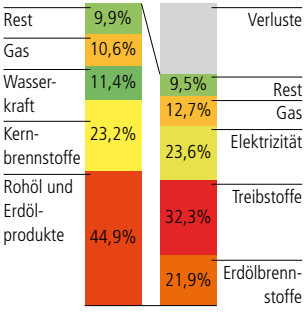
1 Gesamtwert = 10,3 Milliarden Franken

Holzernte in Millionen m³



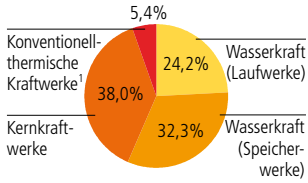
▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Land- und Forstwirtschaft

Energieeinsatz und Endverbrauch 2010



1 Ohne Einfuhrüberschuss an Elektrizität (0,2%)

Elektrizitätsproduktion 2010 nach Kraftwerkkategorie



Total: 66,3 Mrd. kWh

1 Inkl. Fernheizkraftwerke und diverse erneuerbare Energien

Erneuerbare Energien 2010

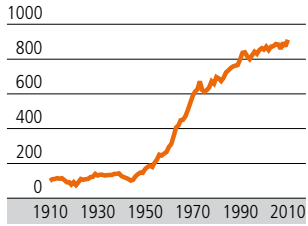
Anteil am Endverbrauch	in %
Wasserkraftnutzung	12,17
Sonnenenergienutzung	0,23
Umweltwärmenutzung	1,19
Biomassenutzung (Holz und Biogas)	4,34
Windenergienutzung	0,01
Nutzung erneuerbarer Anteile aus Abfall	1,24
Energienutzung aus Abwasserreinigungsanlagen	0,20
Nutzung biogener Treibstoffe	0,07

Wachsender Verbrauch

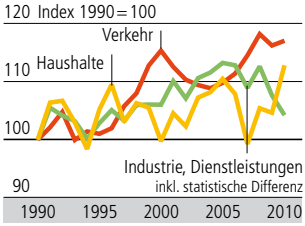
Der Endenergieverbrauch ist eng gekoppelt an Entwicklungen in Wirtschaft und Bevölkerung. Zunehmende Einwohnerzahlen, grössere Wohnungen, wachsende Produktion, steigender Konsum, schwerere Motorfahrzeuge usw. führen trotz verbesserter Energieeffizienz zu einem Mehrverbrauch an Energie. Die grösste der Verbrauchergruppen ist der Verkehr mit rund einem Drittel des Endenergieverbrauchs.

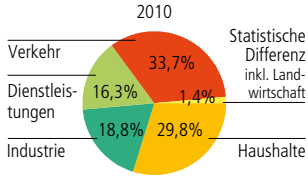
Über zwei Drittel des Endverbrauchs wird mit fossilen Brennstoffen gedeckt. 19,4% stammt aus erneuerbaren Energien, vorwiegend aus Wasserkraft.

Endenergieverbrauch in 1000 TJ



Endenergieverbrauch nach Verbrauchergruppen





▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Energie
▶ **www.bfe.admin.ch** (Bundesamt für Energie) → Themen → Energiestatistiken

Bauausgaben in Millionen Franken, zu Preisen von 2000

	1980	1990	2000	2009	2010
Total	**34 198**	**47 588**	**43 708**	**47 379**	**49 232**
Öffentliche Ausgaben	11 389	14 507	15 983	15 399	15 956
Tiefbau	6 791	7 740	10 060	9 617	9 648
davon Strassen	…	…	5 221	4 407	4 738
Hochbau	4 599	6 767	5 923	5 783	6 308
Übrige Ausgaben	22 809	33 081	27 725	31 980	33 276
davon Wohnen	…	…	17 147	21 494	22 991

Wohnungsbau

	1980	1990	2000	2009	2010
Neu erstellte Gebäude mit Wohnungen	20 806	16 162	16 962	14 166	14 736
davon Einfamilienhäuser	16 963	11 200	13 768	9 149	9 387
Neu erstellte Wohnungen mit...	40 876	39 984	32 214	39 733	43 632
1 Zimmer	2 122	2 010	528	584	725
2 Zimmern	4 598	5 248	1 779	3 591	3 913
3 Zimmern	7 094	8 937	4 630	8 859	10 608
4 Zimmern	11 557	12 487	10 783	14 045	15 438
5 Zimmern oder mehr	15 505	11 302	14 494	12 654	12 948

Wohnungsbestand

	1980	1990	2000	2009	2010
Bestand Ende Jahr	2 702 656	3 140 353	3 574 988	4 008 351 [2]	4 079 060
davon leer stehend in %	0,74	0,55 [1]	1,26 [1]	0,92 [1]	0,94 [1]

1 Am 1. Juni des Folgejahres
2 Ab dem Jahr 2009 resultiert der Wohnungsbestand der Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS)

Trend zu grösseren Wohnungen …
Die Zahl der Wohnungen wächst schneller als die der Bevölkerung. Zwischen 1990 und 2000 beträgt die Zunahme der Wohnungen 8%, diejenige der Bevölkerung 6%. Die durchschnittliche Personenzahl pro bewohnte Wohnung sank damit von 2,4 auf 2,3. Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Wohnfläche pro Person von 39 m² auf 44 m².

... und zu Einfamilienhäusern
Der Anteil der Einfamilienhäuser am gesamten Gebäudebestand nahm zwischen 1970 und 2010 von 40% auf 58% zu. Von den neu erstellten Gebäuden mit Wohnungen sind 2010 64% Einfamilienhäuser. Dies trotz entgegengesetzter Bemühungen in der Raumplanungspolitik und trotz Verknappung des Baugrundes.

Hochhäuser sind die Ausnahme
Von allen Mehrfamilienhäusern und Wohngebäuden mit Nebennutzung weisen zwei Drittel (66%) weniger als vier Geschosse auf. Nur 6% der betrachteten Wohngebäude können in der Schweiz als grosse Gebäude bezeichnet werden, die mehr als fünf Geschosse und zugleich mehr als sechs Wohnungen aufweisen. Diese Gebäude sind vor allem in städtischen Gebieten (96%) zu finden und befinden sich mehrheitlich (64%) in den fünf grössten Agglomerationen der Schweiz. Wenn als Hochhäuser die Mehrfamilienhäuser bzw. die Wohngebäude mit Nebennutzung mit mehr als neun Geschossen und gleichzeitig mehr als neun Wohnungen definiert werden, beträgt der Anteil der Hochhäuser nur noch 0,4% der betrachteten Wohngebäude. Hochhäuser stellen somit für die Schweiz eine Ausnahme dar. In ländlichen Regionen findet man praktisch keine Hochhäuser.

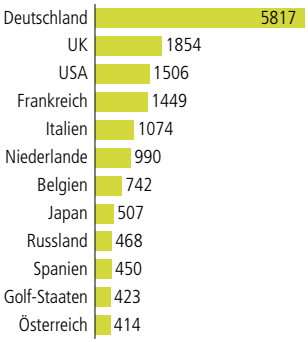
▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Bau- und Wohnungswesen

Wichtige Indikatoren des Tourismus

	2000	2009	2010
Angebot (Betten) [1]			
Hotels und Kurbetriebe	264 495	273 974	275 193
Nachfrage: Ankünfte in 1000			
Hotels und Kurbetriebe	13 894	15 564	16 203
Campingplätze [2]	…	1 050	932
Jugendherbergen	…	476	471
Nachfrage: Logiernächte in 1000			
Hotels und Kurbetriebe	35 020	35 589	36 208
Ausländische Gäste in %	58	57	56
Campingplätze [2]	…	3 654	3 281
Ausländische Gäste in %	…	47	47
Jugendherbergen	804	946	939
Ausländische Gäste in %	46	42	42
Aufenthaltsdauer Nächte			
Hotels und Kurbetriebe	2,5	2,3	2,2
Campingplätze [2]	…	3,5	3,5
Jugendherbergen	…	2,0	2,0
Bruttoauslastung der Hotels und Kurbetriebe			
in % der vorhandenen Betten [1]	36,2	35,6	36,0
Fremdenverkehrsbilanz in Millionen Franken			
Einnahmen von ausländischen Gästen in der Schweiz	11 223	15 377	15 607 [p]
Ausgaben von Schweizern im Ausland	9 167	11 847	11 625 [p]
Saldo	2 057	3 530	3 982 [p]

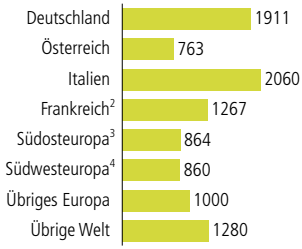
1 Gesamtzahl der in geöffneten und vorübergehend geschlossenen Betrieben vorhandenen Betten im Jahresdurchschnitt
2 Berechnungsmethode 2010 überarbeitet; Werte 2009 neu berechnet

Logiernächte ausländischer Gäste in der Schweiz[1] 2010



1 in 1000, ohne Parahotellerie

Ausländische Reiseziele der Schweizer[1] 2010



1 Ständige Wohnbevölkerung, Reisen ins Ausland mit Übernachtungen, in 1000; Total: 10,0 Mio.
2 Inkl. Übersee-Departemente, Monaco
3 Griechenland, Türkei, Kroatien, Bosnien Herzegowina, Serbien, Albanien, Slowenien, Montenegro, Kosovo, Rumänien, Bulgarien, Mazedonien
4 Spanien, Portugal, Andorra, Gibraltar

Reiseverhalten

85,5% der in der Schweiz lebenden Personen unternahmen im Jahr 2010 mindestens eine private Reise mit Übernachtungen. Im Durchschnitt unternahm jede Person 2,6 Reisen mit Übernachtung und 10,7 Tagesreisen. Mehr als die Hälfte (57%) der Reisen mit Übernachtungen waren lange Reisen (4 und mehr Übernachtungen). Auslandreisen machten 60% der Reisen mit Übernachtungen und 9% der Tagesreisen aus.

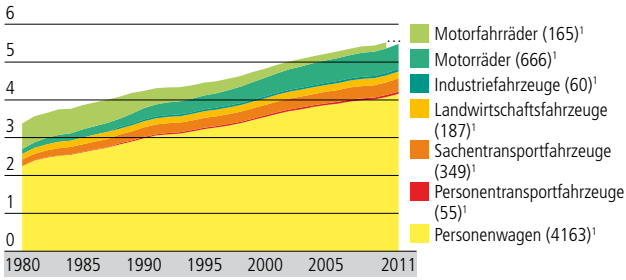
▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Tourismus

Infrastruktur

Rund ein Drittel der Siedlungsflächen entfällt auf den Verkehr (gemäss Arealstatistik 1992/97).

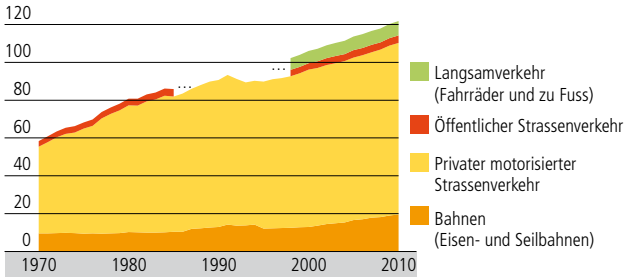
Im Jahre 2010 beträgt die Streckenlänge der Nationalstrassen 1790 km (davon 1406 km Autobahnen), der Kantonsstrassen 18 040 km und der Gemeindestrassen (Stand 1984) 51 622 km. Das Schienennetz erstreckt sich auf 5124 km.

Bestand der Strassenmotorfahrzeuge in Millionen



1 In Klammern: Bestand 2011 (Motorfahrräder 2010), in 1000

Verkehrsleistungen im Personenverkehr in Mrd. Personen-km / Jahr



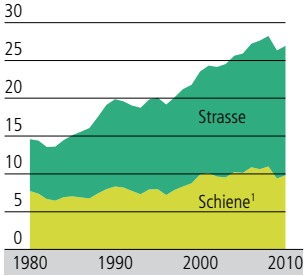
Tagesmobilität 2005 Durchschnitt pro Person und Tag [1]

	Tagesdistanz in km	Wegzeit in Min. [2]
Total	**38,2**	**98,4**
Verkehrszweck		
Arbeit und Ausbildung	10,6	22,3
Einkauf	4,4	13,3
Service- und Begleitung	0,5	1,0
Geschäftliche Tätigkeit, Dienstfahrt	3,3	6,4
Freizeit	16,8	50,0
Unbestimmt	2,5	5,4
Verkehrsmittel		
Zu Fuss	2,1	36,9
Fahrrad (Velo)	0,8	4,3
Motorfahrrad (Mofa)	0,1	0,2
Motorrad	0,6	1,3
Auto	25,5	38,4
Bus/Tram	1,5	6,1
Postauto	0,2	0,4
Bahn	6,2	7,2
Andere	1,2	3,6

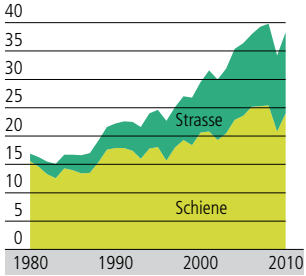
1 Tagesmobilität der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 10 Jahren und mehr in der Schweiz
2 Inkl. Wartezeit

Güterverkehr

Gesamter Verkehr, Verkehrsleistungen in Milliarden Tonnenkilometer pro Jahr

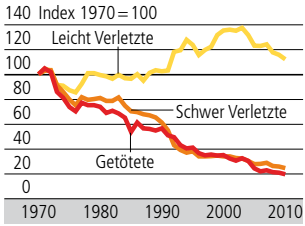


Alpenquerender Verkehr, Verkehrsmengen in Millionen Nettotonnen pro Jahr



1 Nettotonnenkilometer ohne Gewicht der Sachentransportfahrzeuge (inkl. Anhänger), Container und Wechselbehälter im kombinierten Verkehr

Verunfallte im Strassenverkehr



Verunfallte nach Verkehrsträgern 2010

Strassenverkehr	
Getötete Personen	327
Schwerverletzte Personen	4 458
Leichtverletzte Personen	19 779
Eisenbahnverkehr	
getötete Personen	20
Luftverkehr	
getötete Personen in der Schweiz	9

Kosten des Verkehrs

Die volkswirtschaftlichen Kosten des Verkehrs, also die von den Verursachern, der öffentlichen Hand oder Drittpersonen tatsächlich bezahlten Beträge, lagen 2005 bei 82 Milliarden Franken. Die Mobilität kostet uns somit mehr als etwa das Gesundheitswesen oder das öffentliche Bildungssystem. Zu diesen Kosten trägt der Strassenverkehr rund sechsmal mehr bei als der Schienenverkehr. Beim Strassenpersonenverkehr (Personenwagen) belaufen sich die Kosten pro Personenkilometer auf 54 Rappen, beim Schienenverkehr auf 40 Rappen. Im Güterverkehr betragen die Kosten pro Tonnenkilometer beim schweren Strassenverkehr 57, beim Schienenverkehr 24 Rappen. Rund 7,9 der 82 Milliarden Franken sind externe Kosten, welche von anderen Personen als den Verursachern getragen werden (dazu gehören insbesondere Folgekosten in Form von Umwelt- und Gesundheitsschäden, aber auch von Gebäudeschäden und Wertverminderungen).

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Mobilität und Verkehr





	Jahr [1]	Schweiz	Deutschland	Griechenland
Einwohner (Jahresbeginn) in 1000	2010	7 786	81 802	11 305
Einwohner je km²	2010	189	229	86
Anteil Personen unter 20 in %	2010	21,0	18,8	19,4
Anteil Personen über 64 in %	2010	16,8	20,7	18,9
Lebendgeburten, je 1000 Einwohner	2009	10,1	8,3	10,5
Nichteheliche Geburten in %	2010	19	33	7
Eheschliessungen je 1000 Einwohner	2010	5,5	4,7	5,1
Scheidungen je 1000 Einwohner	2010	2,8	2,3	1,2
Internationaler Wanderungssaldo in %	2009	1,0	0,1	0,3
Ausländeranteil (in % der Bevölkerung)	2010	22,0	8,7	8,4
Personen je Privathaushalt	2001	2,2	2,2	2,8
25 – 64 Jährige mit Tertiärabschluss in %	2010	35	27	24
Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP	2010	3,0	2,8	…
Lebenserwartung [2] Frauen in Jahren	2010	84,6	83,0	83,1
Lebenserwartung [2] Männer in Jahren	2010	80,2	78,0	78,7
Säuglingssterblichkeit [3]	2010	3,8	3,4	2,8
Praktizierende Ärzte je 100 000 Einwohner	2009	385	363	613
Kosten des Gesundheitswesens in % des BIP	2009	11,4	11,2	10,6
Ausgaben für Soziale Sicherheit in % des BIP	2009	26,4	31,4	28,0
Landwirtschaftsfläche in % der Gesamtfläche	2009	36,9	48,5	32,2
Waldfläche in % der Gesamtfläche	2009	30,8	31,8	30,4
Treibhausgasemissionen in CO_2-Äquivalenten (t pro Einwohner)	2009	6,7	11,2	10,9
Personenwagen je 1000 Einwohner	2009	514	509	443
Strassenverkehrsunfälle: Getötete je 1 Mio. Einwohner	2009	45	51	129
Erwerbstätige in der Landwirtschaft in %	2010	3,3	1,6	12,5
Erwerbstätige in der Industrie in %	2010	21,1	28,4	19,7
Erwerbstätige in den Dienstleistungen in %	2010	75,6	70,0	67,8
Erwerbsquote Frauen (15 – 64 Jahre)	2010	72,5	66,1	48,1
Erwerbsquote Männer (15 – 64 Jahre)	2010	84,6	76,0	70,9
Arbeitslosenquote (gemäss internationaler Definition)	2010	4,7	7,2	12,7
Frauen	2010	5,1	6,6	16,4
Männer	2010	4,3	7,6	10,1
15 – 24 Jahre	2010	7,9	9,9	32,9
Langzeitarbeitslose in % der Arbeitslosen	2010	31,3	47,3	45,0
Teilzeiterwerbstätige Frauen in % [4]	2010	60,0	45,0	10,2
Teilzeiterwerbstätige Männer in % [4]	2010	12,3	8,7	3,4
Wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	2010	35,2	35,7	42,3
Bruttoinlandprodukt (BIP) je Einwohner, in KKS (Kaufkraftstandards)	2010	35 900	28 800	21 900
BIP mittleres reales Wachstum pro Jahr in %	2000 –2010	1,7	1,0	2,2
Inflationsrate	2010	0,6	1,2	4,7
Öffentlicher Überschuss/Defizit in % des BIP	2010	0,6	–4,3	–10,6
Bruttoverschuldung des Staates in % des BIP	2010	38,3	83,2	144,9

1 Oder letztes verfügbares Jahr
2 Bei Geburt
3 Im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder je 1000 Lebendgeburten
4 Der erwerbstätigen Frauen bzw. Männer










Spanien	Frankreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweden	Ver. Königr.	EU-27
45 989	64 716	60 340	16 575	8 375	9 341	62 027	501 126
91	102	200	399	100	21	255	114
19,8	24,7	19,0	23,7	20,8	23,4	23,8	21,4
16,8	16,6	20,2	15,3	17,6	18,1	16,5	17,4
10,8	12,9	9,5	11,2	9,1	12,0	12,9	…
32	54	25	44	40	54	47	37
3,6	3,8	3,6	4,4	4,5	5,3	4,3	4,5
2,2	2,1	0,9	1,9	2,1	2,5	2,0	2,0
0,4	0,1	0,6	0,3	0,2	0,7	0,3	0,3
12,3	5,8	7,0	3,9	10,5	6,3	7,0	6,5
2,9	2,4	2,6	2,3	2,4	2,1	2,4	…
31	29	15	32	19	34	35	26
1,4	2,3	1,3	1,8	2,8	3,4	1,8	2,0
85,3	85,0	84,5	83,0	83,5	83,6	82,5	82,4
79,1	78,0	79,1	78,9	77,9	79,6	78,3	76,4
3,2	3,9	3,4	3,8	3,9	2,5	4,3	4,3
355	327	411	286	468	372	266	…
9,2	11,6	9,5	11,2	9,8	9,6	9,8	…
25,0	33,1	29,8	31,6	30,8	32,1	29,2	29,5
51,9	47,0	51,4	49,6	38,2	8,2	73,1	…
31,1	27,5	33,2	11,0	47,0	67,2	11,8	…
8,0	8,0	8,2	12,1	9,6	6,5	9,2	9,2
480	482	606	462	522	465	459	473
59	69	70	43	76	38	38	70
4,3	2,9	3,8	2,8	5,2	2,1	1,2	…
23,1	22,0	28,8	15,9	24,9	19,9	19,1	…
72,6	75,1	67,5	81,3	69,8	78,0	79,7	…
52,3	59,7	46,1	69,3	66,4	70,3	64,6	58,2
64,7	68,1	67,7	80,0	77,1	75,1	74,5	70,1
20,2	9,4	8,5	4,5	4,5	8,6	7,9	9,7
20,6	9,7	9,7	4,5	4,3	8,4	7,0	9,7
19,8	9,1	7,7	4,5	4,6	8,7	8,8	9,7
41,6	22,9	27,8	8,7	8,8	25,2	19,6	20,9
36,6	40,2	48,5	27,6	25,2	17,7	32,7	39,9
23,1	30,0	29,0	76,2	43,3	39,7	42,4	31,4
5,2	6,4	5,1	24,2	7,8	12,2	11,0	7,9
38,6	38,0	37,8	30,6	37,8	36,5	36,4	37,5
24 500	26 300	24 600	32 500	30 800	30 100	27 300	24 400
2,1	1,1	0,4	1,4	1,6	2,1	1,7	1,4
2,0	1,7	1,6	0,9	1,7	1,9	3,3	2,1
–9,3	–7,1	–4,6	–5,1	–4,4	0,2	–10,3	–6,6
61,0	82,3	118,4	62,9	71,8	39,7	79,9	80,1

▶ **www.statistik.admin.ch** → International

Bilanzsummen und Gewinne der Banken 2010

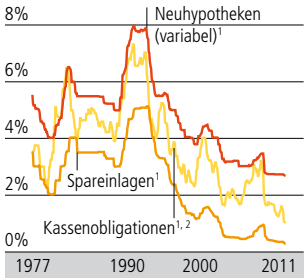
Bankengruppen	Anzahl Institute		Bilanzsumme		Jahresgewinn	Jahresverlust
	1990	2010	in Mio. Fr.	Veränd.[1]	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.
Total	**625**	**320**	**2 714 535**	**1,7**	**13 779**	**3 132**
Kantonalbanken	29	24	421 548	4,5	2 606	–
Grossbanken	4	2	1 482 146	2,6	6 123	2 674
Regionalbanken und Sparkassen	204	69	96 070	4,1	390	–
Raiffeisenbanken	2	1	147 239	5,5	627	–
Übrige Banken	218	179	496 821	–5,4	3 553	363
Filialen ausländischer Banken	16	32	24 913	4,3	151	94
Privatbankiers	22	13	45 798	16,8	329	–

1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Bilanzstruktur der Banken 2010

Aktiven	in %
Total	100
davon Ausland	53,5
Flüssige Mittel	3,9
Forderungen aus Geldmarktpapieren	5,3
Forderungen gegenüber Banken	22,2
Forderungen gegenüber Kunden	19,1
Hypothekarforderungen	28,3
Handelsbestände in Wertschriften	7,6
Finanzanlagen	5,3
Beteiligungen	2,2
Sachanlagen	0,9
Übrige	5,3
Passiven	
Total	100
davon Ausland	52,5
Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren	3,4
Verpflichtungen gegenüber Banken	18,5
Verpflichtungen gegenüber Kunden	65,8
in Spar- und Anlageform	16,8
Übrige Verpflichtungen auf Sicht	21,0
Übrige Verpflichtungen auf Zeit	13,3
Kassenobligationen	1,3
Anleihen und Pfandbriefdarlehen	13,3
Eigene Mittel	5,3
Übrige	7,1

Zinssätze



1 Bis 2007 Mittelwert aller Kantonalbanken, ab 2008 Mittelwert von 60 Instituten (inkl. aller Kantonalbanken)
2 Bis 2007 für 3–8 Jahre Laufzeit, ab 2008 für 5 Jahre Laufzeit

Devisenkurse in der Schweiz[1]

	2006	2008	2010
$ 1	1,253	1,083	1,042
¥ 100	1,077	1,052	1,188
€ 1	1,573	1,587	1,381
£ 1	2,307	1,997	1,609

1 Ankaufskurs der Banken, Jahresmittel

Privatversicherungen 2010

in Millionen Franken

Versicherungszweig	Einnahmen[1]	Ausgaben[1]
Total	**109 573**	**71 455**
Leben	32 558	27 330
Unfall und Schaden	49 092	29 262
Rückversicherungseinrichtungen	27 924	14 863

1 Im In- und Ausland

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Banken, Versicherungen
▶ **www.snb.ch** (Schweizerische Nationalbank)
▶ **www.finma.ch** (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht) → Privatversicherungen

Die drei Ebenen des Systems der Sozialen Sicherheit

Das System der Sozialen Sicherheit der Schweiz lässt sich dreistufig darstellen:

- Zur ersten Stufe gehört neben der individuellen Sicherung des Lebensunterhalts die Grundversorgung. Sie ist allen zugänglich und umfasst das Bildungs- und Rechtssystem sowie die öffentliche Sicherheit.
- Die zweite Stufe umfasst alle Sozialversicherungen und soll Risiken im Zusammenhang mit Alter, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Mutterschaft vorbeugen.
- Die dritte Stufe schliesslich umfasst alle Bedarfsleistungen, wobei die öffentliche Sozialhilfe das letzte Auffangnetz bildet und das Recht auf Existenzsicherung gewährleistet. Sie kommt erst dann zum Tragen, wenn die übrigen Massnahmen der Sozialen Sicherheit nicht greifen (Subsidiaritätsprinzip).

Der Sozialhilfe vorgelagert ist auf Stufe 3 eine Reihe von weiteren Bedarfsleistungen, welche die Abhängigkeit von der Sozialhilfe vermeiden soll. Diese lassen sich unterteilen in Leistungen, welche die Sicherstellung der Grundversorgung garantieren (z.B. Stipendien oder unentgeltliche Rechtshilfe) und in Leistungen zur Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen bzw. mangelnder privater Sicherung.

Gesamtausgaben für Soziale Sicherheit

2008 betrugen die Gesamtausgaben der Sozialen Sicherheit 144 Milliarden Franken. Davon entfielen 135 Milliarden auf die eigentlichen Sozialleistungen. Diese gehen zu rund vier Fünfteln auf das Konto der Sozialversicherungen (also der zweiten Stufe des Systems der sozialen Sicherheit)[1].

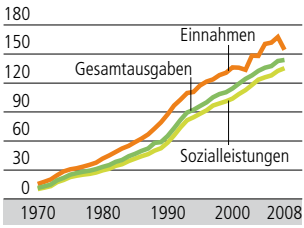
1 2011 wurde die Berechnungsgrundlage revidiert. Neue Resultate für die Jahre 2009 und 2010 stehen ab Mitte 2012 zur Verfügung.

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen
in Milliarden Franken, ohne Doppelzählungen

	1990	1995	2000	2007	2008 p
Gesamtausgaben	64,8	95,8	114,0	142,5	143,6
davon Sozialleistungen	58,0	87,8	103,7	132,4	135,0
Einnahmen	87,3	117,3	136,0	167,3	154,2
Sozialausgabenquote [1]	19,6	25,6	27,0	27,3	26,4

1 Gesamtausgaben im Verhältnis zum BIP

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen in Milliarden Franken



Sozialleistungen nach Funktionen 2008 p

	in %
Alter	46,0
Krankheit, Gesundheitspflege	26,4
Invalidität	12,5
Überleben Hinterbliebener	4,4
Familie, Kinder	5,1
Arbeitslosigkeit	2,6
Soziale Ausgrenzung	2,6
Wohnen	0,5

Ausgaben wofür?

Die Verteilung der Sozialleistungen auf die einzelnen Risiken und Bedürfnisse (Funktionen der Sozialleistungen) ist ausgesprochen ungleich: Über vier Fünftel der Sozialleistungen entfallen auf Alter, Krankheit und Invalidität.

Sozialversicherungen: Bezüger 2010 in 1000

AHV: Altersrenten	1 981,2	BV [2]: Invalidenrenten	133,9
AHV: Zusatzrenten	64,9	BV [2]: Übrige Renten	71,5
AHV: Hinterlassenenrenten	159,1	IV: Invalidenrente	279,5
EL zur AV [1]	168,2	IV: Zusatzrenten	96,0
EL zur HV [1]	3,3	EL zur IV	105,6
BV [2]: Altersrenten	577,2	UV [3]: Hinterlassenenrenten	23,0
BV [2]: Witwen- und Witwerrenten	174,0	UV [3]: Invalidenrenten	85,4
		ALV [4]	321,9

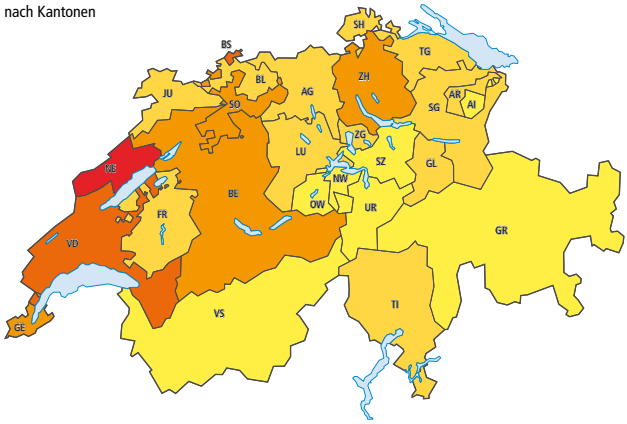
1 Ergänzungsleistungen Altersversicherung/Hinterlassenenversicherung
2 Berufliche Vorsorge (Zahlen 2009)
3 Unfallversicherung
4 Arbeitslosenversicherung

Krankenversicherung

Zwischen 2000 und 2010 sind die durchschnittlichen kantonalen Jahresprämien für die obligatorische Krankenversicherung pro versicherte Person von 1850 auf 2834 Franken gestiegen. 2010 betrug die Jahresprämie für Erwachsene 3377 Franken pro Jahr, für junge Erwachsene 2689 Franken und für Kinder 870 Franken. Zwischen den Kantonen gibt es diesbezüglich jedoch grosse Unterschiede. Im Kanton Basel-Stadt belief sich die Prämie 2010 durchschnittlich auf 3964 Franken und im Kanton Appenzell-Innerroden auf 1959 Franken. Die durchschnittlichen Jahresbruttoleistungen (mit Kostenbeteiligung der Versicherten) pro versicherte Person erhöhten sich zwischen 2000 und 2010 von 2131 auf 3123 Franken. 2010 belief sich die Jahressumme auf 3909 Franken für Erwachsene, auf 1339 Franken für junge Erwachsene und auf 962 Franken für Kinder. Die durchschnittlichen Jahresnettoleistungen (ohne Kostenbeteiligung der Versicherten) pro versicherte Person nahmen zwischen 2000 und 2010 von 1816 auf 2684 Franken zu. 2010 betrugen sie insgesamt 3367 Franken für Erwachsene, 1008 Franken für junge Erwachsene und 868 Franken für Kinder.

Sozialhilfequote 2010

nach Kantonen



Anteil der Sozialhilfeempfänger/innen an der Wohnbevölkerung, in %

< 1,5 | 1,5 – 2,9 | 3,0 – 4,4 | 4,5 – 5,9 | ≥ 6,0 | CH: 3,0

Sozialhilfe

231 406 Personen, 3% der Gesamtbevölkerung, mussten 2010 mit Sozialhilfeleistungen unterstützt werden. Es bestehen beträchtliche regionale Unterschiede: Die höchsten Quoten weisen grössere Städte mit ausgeprägtem Zentrumscharakter auf. In diesen Städten sind Personengruppen, welche in höherem Ausmass auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind, überproportional vertreten. Dazu zählen z.B. Alleinerziehende, Ausländer/innen und Arbeitslose.

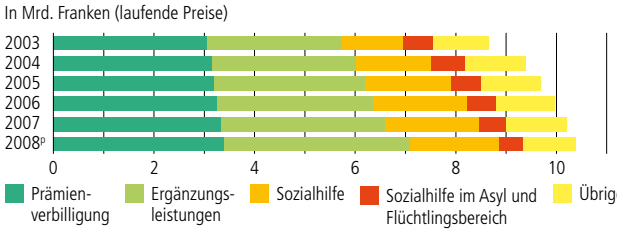
Das Sozialhilferisiko unterscheidet sich stark nach dem Alter, der Familienstruktur und der Nationalität der Personen.

Sozialhilfequote 2010	in %
Total	**3,0**
Altersklassen	
0–17 Jahre	4,4
18–25 Jahre	3,9
26–35 Jahre	3,1
36–45 Jahre	3,2
46–55 Jahre	3,2
56–64 Jahre	2,3
65–79 Jahre	0,2
80 Jahre und mehr	0,4
Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit	2,0
Männer	2,1
Frauen	2,0
Personen ausländischer Staatsangehörigkeit	6,0
Männer	5,7
Frauen	6,4

Am höchsten ist die Sozialhilfequote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Generell nimmt die Quote mit zunehmendem Alter ab. Besonders häufig beziehen Alleinerziehende Sozialhilfeleistungen. In der Schweiz bezieht fast jeder sechste Haushalt mit einem alleinerziehenden Elternteil Sozialhilfeleistungen.

Ausländerinnen und Ausländer sind mit rund 46% aller Sozialhilfeempfänger/innen deutlich stärker in der Sozialhilfe vertreten als in der Gesamtbevölkerung (ihr Anteil an der ständigen Wohnbevölkerung liegt bei 22%).

Nettoausgaben für bedarfsabhängige Sozialleistungen

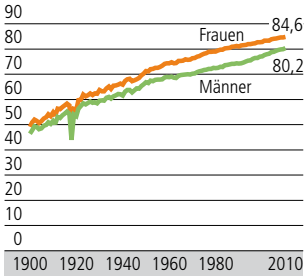


Bedarfsabhängige Sozialleistungen

Die bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Bedarfsleistungen) sind das letzte Glied im System der Sozialen Sicherheit. Sie werden erst dann eingesetzt, wenn andere Leistungen z.B. der Sozialversicherungen nicht verfügbar oder ausgeschöpft sind. Ausserdem setzen sie eine Bedarfssituation der Bezügerinnen und Bezüger voraus: Sie werden nur an Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen entrichtet.

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Soziale Sicherheit

Lebenserwartung



Die Lebenserwartung ist im letzten Jahrhundert ausserordentlich gestiegen. Verantwortlich dafür war vor allem der Rückgang der Sterblichkeit von Säuglingen und Kleinkindern. Auch in den letzten Jahren ist die Lebenserwartung immer noch gestiegen: bei den Frauen hat sie seit 1990 um 3,8 Jahre, bei den Männern um 6,2 Jahre zugenommen (2010). Diese sterben häufiger frühzeitig (vor dem 70. Lebensjahr) – vor allem infolge von ischämischen Herzkrankheiten, Unfällen und Gewalteinwirkungen sowie Lungenkrebs.

Gesundheitszustand

88% der Männer und 85% der Frauen bezeichnen 2007 ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut und nur 3% der Männer und Frauen als schlecht oder sehr schlecht. Nicht selten scheinen allerdings vorübergehende körperliche oder seelische Probleme Beruf und Alltag zu beeinträchtigen. Pro Jahr sind wir im Durchschnitt während 9 Tagen infolge von Krankheiten oder Unfällen arbeitsunfähig.

Infektionskrankheiten[1] 2010

Akute gastrointestinale Infektionen	7 853
Meningitis	52
Hepatitis B	64
Tuberkulose	548
AIDS	147

1 Neuerkrankungen

Unfälle 2010

	Männer	Frauen
Berufsunfälle	205 004	61 835
Nicht-Berufsunfälle	304 997	192 027

Behinderte[1] 2010

Invaliditätsgrad	Männer	Frauen
40 – 49%	5 671	6 548
50 – 59%	19 588	19 827
60 – 69%	8 764	7 629
70 – 100%	97 130	78 960

1 Bezüger von IV-Renten

Todesursachen 2009

	Sterbefälle		Sterbeziffer[1]	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Alle Todesursachen	**30 034**	**32 442**	**591,0**	**385,0**
davon:				
Infektiöse Krankheiten	331	345	6,6	4,5
Krebskrankheiten insgesamt	8 824	7 238	177,0	113,0
Kreislaufsystem	9 872	12 356	186,0	123,0
Ischämische Herzkrankheiten	4 479	4 098	85,1	40,6
Hirngefässkrankheiten	1 511	2 401	27,9	24,5
Atmungsorgane insgesamt	2 128	1 963	39,5	21,5
Unfälle und Gewalteinwirkung	2 219	1 361	49,6	20,2
Unfälle insgesamt	1 292	1 019	28,1	12,7
Suizid	827	278	19,3	6,2

1 Rate pro 100 000 Einwohner (altersstandardisiert)

Säuglingssterblichkeit

	1970	1980	1990	2000	2009	2010
pro 1000 Lebendgeburten	15,1	9,1	6,8	4,9	4,3	3,8

Konsum von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen 2007

Illegale Drogen werden vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen genommen – in der Mehrzahl nur wenige Male oder gelegentlich. Im Jahre 2007 konsumierten rund 7% der 15- bis 39-Jährigen Cannabis; 1992 waren es erst 4%. Ungleich gravierender ist aus volksgesundheitlicher Sicht der Konsum von Tabak und Alkohol. Insgesamt rauchen rund 28% der Bevölkerung, 24% der Frauen und 32% der Männer. Die Anteile sind gegenüber 1992 leicht gesunken, am ausgeprägtesten bei den 35- bis 44- Jährigen und da insbesondere bei den Männern (35- bis 44-jährige Männer: von 41% auf 32%; Frauen: von 31% auf 27%). Beim Alkohol ist der Anteil der täglichen Konsumenten auf 14% zurückgegangen (1992: 21%).

Dienstleistungen 2007 in %[1]

	Männer	Frauen
Arztbesuch	73,4	86,2
Spitalaufenthalt	10,7	12,2
Spitex-Leistungen	1,4	3,6

1 Bevölkerung ab 15 Jahren

Ärzte und Zahnärzte
je 100 000 Einwohner

	1990	2010
Ärzte mit Praxistätigkeit[1]	153	205
Zahnärzte	48	52

1 Ab 2008, Ärzte mit Haupttätigkeit im ambulanten Sektor

Hospitalisierungsrate in den Akutspitälern 2010 in %[1]

	Total	Männer	Frauen
15–59-jährig	10,9	9,0	12,7
60–79-jährig	26,0	28,7	23,7
80+-jährig	47,0	53,2	43,7

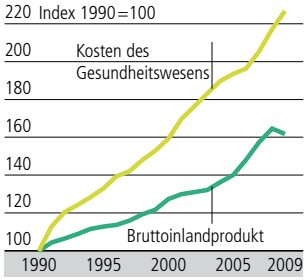
1 der betreffenden Bevölkerungsgruppe

Sozialmedizinische Institutionen 2010

	in 1000	in %[1]
Anzahl Klienten: Total	189,1	2,4
davon:		
Klienten ≥80 Jahre	105,9	28,8
Männer	26,9	21,3
Frauen	79,0	32,8

1 der betreffenden Bevölkerungsgruppe

Gesundheitskosten



in Millionen Franken	1999	2009
Total	**41 104**	**60 984**
Stationäre Behandlung	18 979	27 764
Ambulante Behandlung	12 358	19 185
davon:		
Ärzte	6 010	8 577
Zahnärzte	2 736	3 709
Spitex	848	1 308
Andere Leistungen[1]	1 394	2 046
Gesundheitsgüter[2]	5 199	7 423
davon:		
Apotheken	3 153	4 243
Ärzte	1 214	1 937
Prävention	1 015	1 522
Verwaltung	2 160	3 043

1 Wie Laboruntersuchungen, Radiologie, Transporte
2 Arzneimittel und therapeutische Apparate

2009 sind 11,4% des Bruttoinlandprodukts für das Gesundheitswesen verwendet worden; 1990 waren es erst 8,1%. Ein wesentlicher Grund für diesen Anstieg ist die Entwicklung des Angebots: so z.B. die erweiterten Leistungen, die wachsende Spezialisierung und Technisierung und der höhere Komfort. Eine geringere Rolle spielt dagegen das Altern der Bevölkerung.

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Gesundheit

Entwicklung zu einem Bildungsraum Schweiz

Das Bildungssystem der Schweiz ist gekennzeichnet durch einen ausgeprägten Föderalismus. Die Vielfalt der verschiedenen Bildungssysteme zeigt sich vor allem in der obligatorischen Schule: je nach Kanton gibt es beispielsweise auf Sekundarstufe I zwei, drei oder vier nach Leistungsanforderungen unterschiedene Schultypen; auch schwankt die gesamte Unterrichtszeit während der neun obligatorischen Jahre zwischen 7100 und 8900 Stunden pro Schüler.

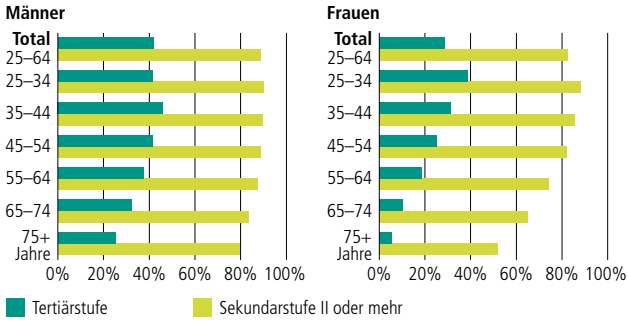
Das schweizerische Bildungswesen wandelt sich. Neben der Umsetzung des HarmoS-Konkordat (Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule) in einigen Kantonen haben die Kantone in den letzten Jahren ihre Bildungssysteme auch über die obligatorische Schule hinaus reformiert: nationale Strukturen wurden ausgebaut (die Berufsmaturität und die Fachhochschulen eingeführt sowie die Bologna-Reform umgesetzt). Die Nachfrage nach Bildung ist gestiegen und die allgemeinbildenden Schulen haben an Bedeutung gewonnen.

Schüler und Studierende

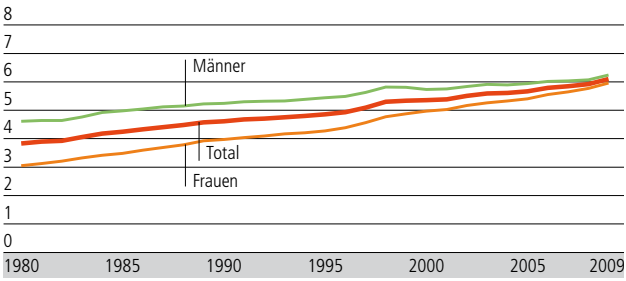
	Anzahl in 1000			Anteil Frauen, in %		
Schulstufe	1980/81	1990/91	2009/10	1980/81	1990/91	2009/10
Total	**1 234,1**	**1 291,8**	**1 522,4**	**46**	**46**	**48**
Vorschule	120,3	139,8	147,2	49	49	49
Obligatorische Schule	849,6	711,9	769,3	49	49	49
Primarstufe	451,0	404,2	436,1	49	49	49
Sekundarstufe I	362,3	271,6	294,4	49	49	50
Besonderer Lehrplan	36,4	36,2	38,8	39	38	36
Sekundarstufe II	299,0	295,8	343,3	43	45	47
Allgemeinbildende Schulen [1]	74,8	74,5	106,3	53	55	58
Berufsausbildung [2]	224,2	221,3	237,0	39	42	43
Tertiärstufe	85,3	137,5	250,1	30	35	49
Universitäre Hochschulen	61,4	85,9	126,9	32	39	50
Fachhochschulen	…	…	69,7	…	…	50
Höhere Berufsbildung	…	36,2	53,5	…	33	46
Stufe unbestimmt	–	6,7	–	–	51	–

1 Inkl. Schulen für Unterrichtsberufe und Vorbereitung auf Berufsmaturität nach der Lehre
2 Inkl. An- und Vorlehre

Bildungsstand 2010 Anteil an der Wohnbevölkerung



Dauer der nachobligatorischen Ausbildung in Anzahl Jahren



Bildungsbeteiligung steigt

Die Bildungsbeteiligung auf der Sekundarstufe II und vor allem auf der Tertiärstufe ist in den letzten dreissig Jahren deutlich gestiegen. Dies betrifft insbesondere auch Ausbildungen, die den Hochschulzugang ermöglichen. So hat die Zahl der berufs- und allgemeinen Maturitäten seit 1990 um fast drei Viertel zugenommen. Auch an den Hochschulen hat sich die Zahl der Abschlüsse zwischen 1997 und 2009 mehr als verdoppelt. Dies nicht zuletzt durch die Gründung der Fachhochschulen.

Entsprechend dieser Entwicklung wird erwartet, dass sich das Bildungsniveau der Bevölkerung der Schweiz in den kommenden Jahren deutlich erhöhen wird. Der Anteil der Personen mit Tertiärabschluss in der Bevölkerungsgruppe der 25- bis 64-Jährigen dürfte von 35% im Jahr 2009 bis 2025 auf ein Niveau von 50% steigen.

Geschlechterunterschiede abgebaut

Von der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte haben vor allem die Frauen profitiert. Heute beginnen praktisch gleich viele Frauen wie Männer eine nachobligatorische Ausbildung und schliessen sie auch ab. Weiterhin sind aber Männer länger in Ausbildung als Frauen und ist ihre Eintrittsquote in die Tertiärstufe höher. Umgekehrt sind Mädchen in der obligatorischen Schule erfolgreicher: sie repetieren seltener eine Klasse, werden seltener in eine Sonderklasse versetzt, und auf der Sekundarstufe I besuchen sie häufiger anforderungsreiche Schultypen. Besonders deutliche Unterschiede bestehen nach wie vor bei der Wahl der Fachrichtung, und dies sowohl in der Berufsbildung als auch an den Hochschulen. Verschiedene Zweige werden entweder von Frauen oder von Männern beherrscht, was nicht zuletzt auf Muster alter Rollenverteilungen zurückzuführen ist. In der Berufsbildung überwiegen in Industrie und Handwerk die Männer, im Verkauf sowie in der Gesundheits- und Körperpflege die Frauen. An den Hochschulen zieht es die Männer eher in die Bereiche Technik, Naturwissenschaften und Wirtschaft, Frauen eher in die Geisteswissenschaften, ins Soziale und Gestalterische.

Ausgewählte Bildungsabschlüsse 2010

Schulstufe	Total	Frauen in %
Sekundarstufe II		
Gymn. Maturitätszeugnisse	18 865	57,6
Berufsmaturitätszeugnisse	12 249	46,0
Abschlüsse berufliche Grundbildung BBG [1]	63 079	44,4
Handelsmittelschuldiplome	2 897	49,9
Tertiärstufe		
Höhere Berufsbildung		
Höhere Fachschuldiplome	7 337	48,5
Eidg. Diplome	3 160	20,9
Eidg. Fachausweise	13 144	38,9
Fachhochschulen		
Diplome	2 024	55,3
Bachelorabschlüsse	10 474	53,0
Masterabschlüsse	2 081	59,6
Universitäre Hochschulen		
Lizentiate/Diplome	3 500	62,1
Bachelorabschlüsse	11 537	51,8
Masterabschlüsse	7 964	49,2
Doktorate	3 588	43,4

1 Inkl. Eidg. Berufsatteste

Schulpersonal 2009/10
Hochschulpersonal 2010

	Vollzeit-äquivalente	Frauen in %
Vorschule	8 091	95,7
Obligatorische Schule [1]	51 600	67,8
Primarstufe	28 200	80,6
Sekundarstufe I	23 500	52,3
Sekundarstufe II [2]	8 300	43,5
Universitäre Hochschulen	36 093	42,2
Professor/innen	3 243	17,0
übrige Dozierende	2 994	25,5
Assistierende [3]	17 785	41,0
Fachhochschulen	13 727	43,0
Professor/innen	4 358	32,7
übrige Dozierende	2 485	41,5
Assistierende [3]	2 783	40,3

1 Ohne Schulen mit besonderem Lehrplan
2 Nur allgemein bildende Schulen (Maturitätsschulen, Fach- und Diplommittelschulen u.ä.)
3 Inkl. wissenschaftliche Mitarbeitende

Öffentliche Bildungsausgaben 2009 in Milliarden Franken

Total	**29,7**
davon Besoldungen Lehrkräfte	15,3
Vorschule	1,0
Obligatorische Schule	12,9
Sonderschulen	1,7
Tagesbetreuung	0,1
Berufliche Grundbildung	3,6
Allgemeinbildende Schulen	2,3
Höhere Berufsbildung	0,2
Hochschulen, Fachhochschulen	7,3
Nicht aufteilbare Aufgaben	0,5

Weiterbildung

Man kann zwei Formen der Weiterbildung unterscheiden: nicht-formale Bildung (wie Besuch von Kursen, Seminaren, Privatunterricht, Tagungen oder Konferenzen) und informelles Lernen (Lektüre von Fachliteratur, Lernen von CD-ROM oder von Familienangehörigen usw.). Die Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz (fast 80% der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren bzw. 83% der Erwerbstätigen zwischen 25 und 64 Jahren) hat 2009 Weiterbildung in der einen oder anderen Form betrieben. Informelles Lernen war dabei deutlich häufiger als die nicht-formale Bildung (74% der ständigen Wohnbevölkerung und 78% der Erwerbstätigen gegenüber 50% bzw. 55%) vertreten.

Ein forschungsaktives Land

Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (F+E) in einer Volkswirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Schweiz gehört mit einem F+E-Anteil von 3,01% des Bruttoinlandprodukts (2008) zu den forschungsaktivsten Staaten. 2008 wurden für F+E im Inland rund 16,3 Milliarden Franken aufgewendet. Davon entfallen 73% auf die Privatwirtschaft und weitere 24% auf die Hochschulen; die restlichen 2,5% verteilen sich auf Bund und diverse private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die F+E-Aktivitäten der Schweizer Firmen im Ausland sind traditionell sehr ausgeprägt. Entsprechende Aufwendungen der Privatwirtschaft im Ausland betrugen 2008 rund 15,8 Milliarden Franken und sind im Vergleich zu 12 Miliarden Franken im Inland leicht höher.

▶ **www.statistik.admin.ch** →
Themen →
Bildung und Wissenschaft

Presselandschaft im Umbruch

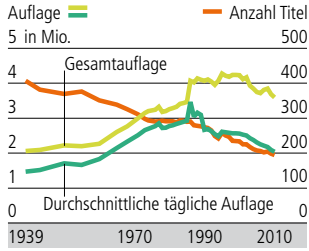
Seit der Jahrtausendwende hat sich der Schweizer Tageszeitungsmarkt grundlegend verändert. In der Deutschschweiz ist die gratis verteilte Pendlerzeitung «20 Minuten» mit über 1,4 Mio. Leserinnen und Lesern[1] pro Ausgabe zur grössten Tageszeitung geworden. In der französischsprachigen Schweiz finden sich mit den im Jahre 2005 gegründeten Titeln «Le Matin Bleu»[2] (mit 559 000 Leserinnen und Lesern) und der französischsprachigen Ausgabe von «20 Minuten» (mit 526 000 Leserinnen und Lesern) gleich zwei Gratiszeitungen in den drei ersten Rängen der meistgelesenen Tageszeitungen.

1 Quelle: WEMF MACH Basic (2009/II; Bevölkerung ab 14 Jahren, Leser pro Ausgabe)
2 Die Herausgabe der Zeitung «Le Matin Bleu» wurde im September 2009 eingestellt.

Verbreitung von Internet und Mobiltelefonie

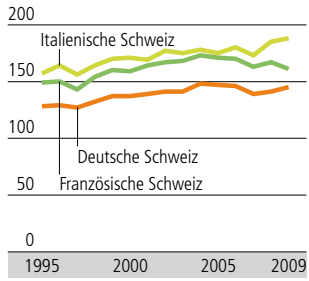
Die Zahl der regelmässigen Internetnutzerinnen und -nutzer (Nutzung mehr als einmal pro Woche) ist von 0,7 Mio. (1998) auf 4,8 Mio. im dritten Quartal 2010 gewachsen. Mehr als vier Fünftel der Haushalte verfügen über einen PC, und Ende 2009 werden in der Schweiz 2,7 Mio. Breitbandanschlüsse (ADSL oder Kabelmodem) ins Internet gezählt. Ähnlich rasant hat sich die Mobiltelefonie entwickelt: Die Zahl der Mobilfunk-Anschlüsse stieg von 125 000 (1990) über 1,7 Mio. (1998) auf 9,3 Mio. (2009); das entspricht 120 Anschlüssen pro 100 Einwohner.

Entwicklung der Kaufzeitungen



Quelle: Verband Schweizer Presse / WEMF Auflagenstatistik. Berücksichtigt sind Titel von allgemeinem Interesse mit mindestens wöchentlicher Erscheinungsweise

Fernsehnutzung
in Minuten pro Tag und Einwohner



Quelle: Mediapulse AG Telecontrol (Basis: Bevölkerung ab 3 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

Radionutzung
in Minuten pro Tag und Einwohner

	2006	2007	2008	2009[1]
Deutsche Schweiz	102	105	109	119
Französische Schweiz	97	98	99	106
Italienische Schweiz	96	99	99	108

1 Aufgrund methodischer Änderungen ist ein Vergleich der Ergebnisse mit den Vorjahren nicht möglich.
Quelle: Mediapulse AG Radiocontrol (Basis: Bevölkerung ab 15 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

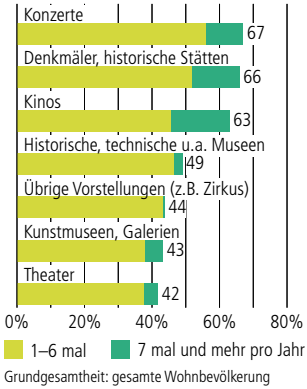
Lesen bleibt im Trend

Im Jahr 2008 hat eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung Zeitungen (97%), Bücher (81%) und Zeitschriften (79%) gelesen. Comics wurden von 20 Prozent gelesen. Während die Unterschiede in Bezug auf das Alter, das Geschlecht und das Ausbildungsniveau beim Lesen von Zeitungen und Zeitschriften gering sind, fallen sie bei Büchern und Comics deutlicher aus. Zu den Bücher- und Comicslesenden gehören eher die unter 30-Jährigen, Personen mit Tertiärabschluss und einem hohen Haushaltseinkommen sowie die Bewohnerinnen und Bewohner von Städten und Agglomerationen.

Kulturverhalten

Der Besuch von Konzerten, Denkmälern und Kinos gehört zu den beliebtesten kulturellen Aktivitäten im Jahr 2008. In der Musik sind Pop und Rock die Lieblingsstile der Bevölkerung, gefolgt von klassischer Musik. Daneben wird privat viel Musik gehört, am häufigsten via Radio aber auch via Fernsehen. Die jungen Hörer setzen vermehrt auch MP3-Player ein. Junge Leute sowie Personen mit hohem Ausbildungsniveau und gutem Einkommen nutzen das kulturelle Angebot am ehesten; Geschlecht und Nationalität spielen hingegen kaum eine Rolle. Dafür werden kulturelle Aktivitäten eher in der Stadt und in der Agglomeration ausgeübt als auf dem Land.

Teilnahmequoten 2008



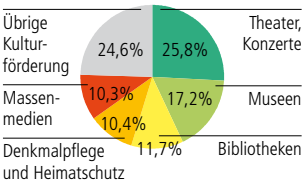
Grundgesamtheit: gesamte Wohnbevölkerung

Kulturausgaben

Im Jahr 2007 ging ein Viertel der gesamten öffentlichen Kulturausgaben des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, d. h. 579 Mio. Franken, an den Bereich «Theater, Konzerte». Für den Bereich «Museen» wurden 384 Mio Franken eingesetzt. Dahinter folgten die Bereiche «Bibliotheken», «Massenmedien» (Printmedien, Filmwesen, Fernsehen, Radio usw.) und «Denkmalpflege und Heimatschutz» mit Beiträgen zwischen 230 und 260 Mio. Franken.

Verwendung der öffentlichen Ausgaben nach Kulturbereich 2007

Gemeinden, Kantone und Bund



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV)

Kino: Angebotsvielfalt

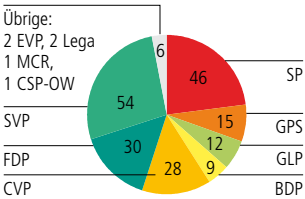
Seit dem Höhepunkt 1964/65 (646 Kinos, rund 40 Mio. Eintritte) hat die Zahl der Kinosäle und der Zuschauerinnen und Zuschauer bis Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich abgenommen. Ein Tiefstand wurde 1992/93 mit 302 Kinos und 15 Mio. Eintritten erreicht. Mit dem Entstehen von Kinokomplexen und Multiplexkinos hat sich die Zahl der Kinosäle seit 1993 wieder erhöht, nicht aber diejenige der Zuschauer (2010: 558 Säle und 14,8 Mio. Eintritte).
Auch das Filmangebot hat sich stark verändert. Anfang der 1980er Jahre wurden in der Schweiz jährlich gegen 3000 Filme vorgeführt, heute bewegt sich diese Zahl um 1400. Demgegenüber ist seit 2004 die Anzahl der Erstaufführungen kontinuierlich gestiegen (auf rund 400 pro Jahr).

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Kultur, Medien, Informationsgesellschaft

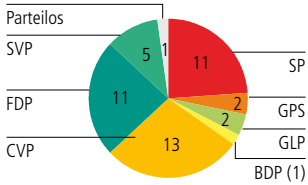
Das politische System

Die Schweiz ist seit 1848 ein Bundesstaat und besteht aus 26 Kantonen. Die Regierung (Bundesrat) ist eine Kollegialbehörde mit 7 Mitgliedern (ab 2009: 2 FDP, 2 SP, 1 CVP, 1 SVP, 1 BDP). Ihre Wahl erfolgt durch das Parlament. Dieses besteht aus zwei Kammern: dem Nationalrat (Volksvertretung, 200 Sitze) und dem Ständerat (Kantonsvertretung, 46 Sitze). Ausserdem prägen weit gehende Volksrechte (Initiativ- und Referendumsrecht) und Volksabstimmungen das politische System der Schweiz.

Nationalrat 2011: Mandate



Ständerat 2011: Mandate



Nationalratswahlen 2011

	Parteistärke in %	Mandate	Frauen	Männer	Frauenanteil in %
FDP	15,1	30	7	23	23,3
CVP	12,3	28	9	19	32,1
SP	18,7	46	21	25	45,7
SVP	26,6	54	6	48	11,1
GLP	5,4	12	4	8	33,3
BDP	5,4	9	2	7	22,2
GPS	8,4	15	6	9	40,0
Kleine Rechtsparteien [1]	2,7	3	1	2	33,3
Übrige [2]	5,4	3	2	1	66,6

1 SD, EDU, Lega (2 Mandate, 1 Frau), MCR (1 Mandat)
2 EVP (2 Mandate, 2 Frauen), CSP, PdA, Sol., Splittergruppen (CSP-OW 1 Mandat)
Abkürzungen siehe unten

Nationalratswahlen 2011

Bei den Nationalratswahlen 2011 hat die Entwicklung des Parteiensystems der letzten Jahrzehnte eine Änderung erfahren. Zwar hielt der Prozess, wonach die traditionellen bürgerlichen Parteien FDP und CVP an Parteistärke verlieren, weiter an. Von diesen Verlusten profitierten erstmals seit langem nicht mehr die SVP, sondern die jungen Parteien GLP und BDP.

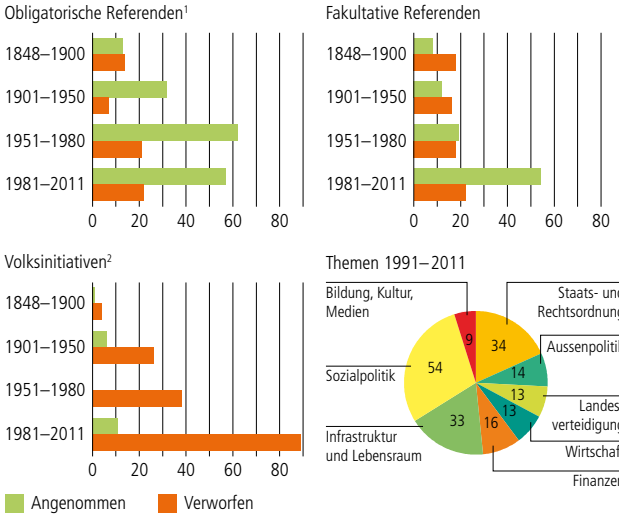
Diese Parteien waren die klaren und einzigen Gewinnerinnen der Nationalratswahlen 2011. Fast alle anderen Parteien gehörten dagegen mehr oder weniger ausgeprägt zu den Verliererinnen. Am stärksten traf es die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP sowie die Grünen.

Abkürzungen der Parteien

FDP Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz [1]
CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
SP Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP Schweizerische Volkspartei
BDP Bürgerlich-Demokratische Partei
EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz
CSP Christlichsoziale Partei
GLP Grünliberale Partei
PdA Partei der Arbeit der Schweiz
Sol. Solidarität
GPS Grüne Partei der Schweiz
SD Schweizer Demokraten
EDU Eidgenössisch-Demokratische Union
Lega Lega dei ticinesi
MCR Mouvement Citoyens Romands

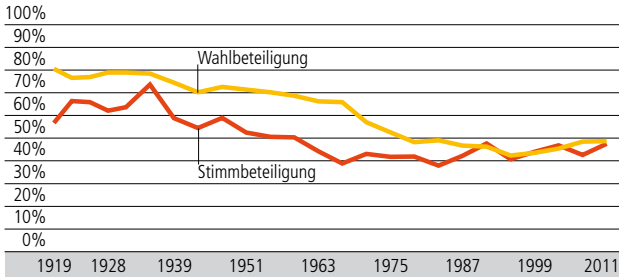
1 2009: Fusion von FDP und LPS unter der Bezeichnung «FDP. Die Liberalen»

Eidgenössische Volksabstimmungen



1 Inkl. Gegenvorschläge zu Volksinitiativen
2 Inkl. Volksinitiativen mit Gegenvorschlag

Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen



Der stärkste Rückgang bei der Wahlbeteiligung setzte nach 1967 ein, eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf die Einführung des Frauenstimmrechts zurückzuführen ist. Der Rückgang der Stimmbeteiligung ist von starken Ausschlägen geprägt, da sich die Stimmberechtigten je nach Abstimmungsthema sehr unterschiedlich mobilisieren lassen. So belaufen sich die Extremwerte seit 1990 auf eine minimale Beteiligung von 28% und eine maximale von 79%. Ab dem Jahr 2000 hat sich die Beteiligung sowohl bei Wahlen wie auch bei Abstimmungen etwas stabilisiert und nimmt sogar wieder leicht zu.

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Politik

Rechnungsabschlüsse der öffentlichen Haushalte in Milliarden Franken

	Einnahmen			Ausgaben			Überschuss		
	2000	2009	2010[2]	2000	2009	2010[2]	2000	2009	2010[2]
Total[1]	**163,6**	**196,3**	**193,7**	**151,8**	**185,8**	**190,1**	**11,8**	**10,5**	**3,6**
Bund	52,0	68,1	62,9	48,2	58,7	60,0	3,8	9,4	2,9
Kantone	62,8	75,8	77,8	60,0	73,6	75,7	2,8	2,3	2,1
Gemeinden	42,1	42,4	43,4	40,6	42,9	43,5	1,5	–0,5	–0,1
Sozialversicherungen	44,5	53,2	53,5	41,1	53,9	54,9	3,4	–0,6	–1,3

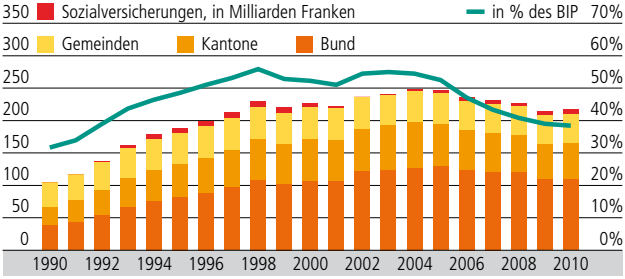
1 Doppelzählungen im Total nicht enthalten
2 Teilweise geschätzt

Schulden der öffentlichen Haushalte in Milliarden Franken

	1990	2000	2007	2008	2009	2010[3]
Total[1]	**104,8**	**220,4**	**226,0**	**222,5**	**209,0**	**210,0**
Bund	38,1	108,1	120,9	121,4	110,7	110,0
Kantone	29,2	63,1	60,8	56,1	52,8	56,0
Gemeinden	37,4	49,1	44,2	44,9	45,3	44,0
Sozialversicherungen	0,1	5,8	5,0	4,2	5,8	7,4
Pro Einwohner, in Franken[2]	15 241	30 574	29 666	29 298	27 138	26 974

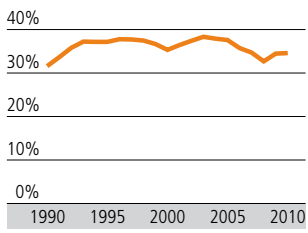
1 Doppelzählungen im Total nicht enthalten
2 Zu laufenden Preisen
3 Teilweise geschätzt

Schulden der öffentlichen Haushalte



Die Staatsquote misst die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Sie beinhaltet die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der öffentlichen Sozialversicherungen (AHV/IV/EO inkl. Mutterschaftsversicherung und ALV).
Trotz einem beträchtlichen Anstieg seit 1970 ist die Schweiz im internationalen Vergleich weiterhin sehr gut positioniert: Sie hat eine der niedrigsten Staatsquoten aller OECD-Länder. Die meisten europäischen Länder weisen eine deutlich höhere Quote auf.

Staatsquote in % des BIP



Auch die Schuldenquote ist in der Schweiz verglichen mit den OECD-Ländern relativ tief. Sie ist jedoch zwischen 1990 und 2003 kontinuierlich angestiegen. Dank der bis Mitte 2008 andauernden konjunkturellen Erholung, der Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sowie verschiedener struktureller Massnahmen (u.a. Entlastungsprogramme, Schulden- und Ausgabenbremsen) vermochten die öffentlichen Haushalte seit 2005 ihre Bruttoschulden kontinuierlich zu reduzieren. Die Schuldenquote sank Ende 2010 bis auf 38,4%.

Einnahmen der öffentlichen Haushalte 2009
nach Abzug der Doppelzählungen

	in %	in Mrd. Fr.
Total	**100**	**196,3**
Ordentliche Einnahmen	96,5	189,4
Betriebliche Einnahmen	91,0	178,6
Fiskalertrag	80,3	157,6
Regalien und Konzessionen	2,0	3,9
Entgelte	8,2	16,2
Verschiedene Erträge	0,1	0,1
Transferertrag	0,4	0,8
Finanzeinnahmen	4,5	8,9
Investitionseinnahmen	1,0	1,9
Ausserordentliche Einnahmen	3,5	6,9
Ausserordentlicher Ertrag	0,8	1,5
Ausserordentliche Investitionseinnahmen	2,7	5,4

Ausgaben der öffentlichen Haushalte, nach Funktionen 2009
nach Abzug der Doppelzählungen

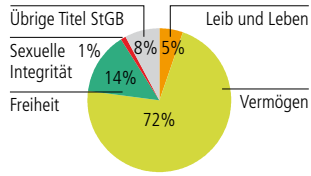
	in %	in Mrd. Fr.
Total	**100**	**185,8**
Allgemeine Verwaltung	7,2	13,4
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	7,7	14,2
Bildung	17,4	32,3
Kultur und Freizeit	2,6	4,9
Gesundheit	6,1	11,3
Soziale Sicherheit	39,2	72,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8,9	16,6
Umweltschutz und Raumordnung	3,1	5,7
Volkswirtschaft	4,2	7,9
Finanzen und Steuern	3,5	6,6

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Öffentliche Finanzen

Kriminalitätszahlen sind nur bedingt ein direkter Ausdruck der Verhaltensrealität: Zum einen unterliegen strafrechtliche Normen und Massnahmen dem gesellschaftlichen Wandel. Zum anderen werden die Kriminalitätszahlen auch stark beeinflusst durch personelle Ressourcen, Verfolgungsprioritäten, die Effizienz von Polizei und Justiz und die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung. Wie weit Veränderungen in den Kriminalitätszahlen jeweils durch welche Ursachen bedingt sind, ist in der Regel schwer zu ermitteln.

Verzeigungen

Straftaten nach Titeln des Strafgesetzbuches 2010

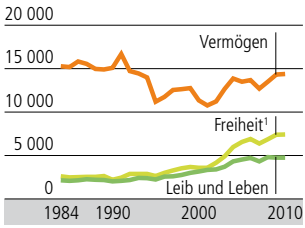


Im Jahr 2010 wurden gesamthaft 429 324 Kriminalfälle mit 656 858 Straftaten registriert. Von diesen Straftaten entfielen 80% auf das Strafgesetzbuch (StGB), 14% auf das Betäubungsmittelgesetz (BetmG), 4% auf das Ausländergesetz (AuG) und 2% auf weitere Bundesnebengesetze. Die Aufklärungsquote lag bei Tötungsdelikten bei 91%, bei Vermögensstraftaten bei 19%. Die Aufschlüsselung der Beschuldigten nach Nationalität und Aufenthaltsstatus zeigt, dass im StGB-Bereich 51%, im BetmG 58% und bei den übrigen Bundesnebengesetzen 61% schweizerischer Staatszugehörigkeit waren. Ausländer mit Wohnsitz machten 30%, 22% und 22% der Beschuldigten aus, was bedeutet, dass ein gewichtiger Teil der Ausländerdelinquenz «importiert» ist, nämlich 19% (StGB), 20% (BetmG) und 17% (übrige). Im Bereich des Ausländergesetzes machten die nicht in der Schweiz wohnhaften Beschuldigten 82% aus.

Verurteilungen

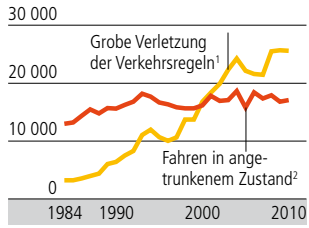
Wurden Mitte der 1980er Jahre gesamthaft etwas über 45 000 Verurteilungen gegen Erwachsene gezählt, so hat sich deren Zahl verdoppelt und liegt seit 2010 bei rund 98 000. Die Entwicklung läuft je nach dem den Verurteilungen zu Grunde liegenden Gesetz sehr unterschiedlich. Im Bereich des StGB blieben die Verurteilungszahlen seit 2005 stabil, während beim Strassenverkehrsgesetz (SVG) über eine längere Zeit betrachtet die immer intensiveren Strassenverkehrskontrollen zu mehr abgeurteilten Fällen führten. Im Betäubungsmittelbereich ist die Lage seit einigen Jahren stabil, wie auch im Bereich der abgeurteilten Verstösse gegen das Ausländergesetz.

Ausgewählte Straftaten StGB



1 Drohung, Nötigung, Menschenhandel, Freiheitsberaubung und Entführung, Geiselnahme, Hausfriedensbruch

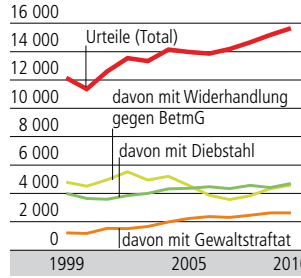
Ausgewählte Straftaten SVG



1 Art. 90 Ziff. 2 SVG
2 Mit qualifizierter Blutalkoholkonzentration (Art. 91 Abs.1 2er Satz SVG)

Jugendstrafurteile

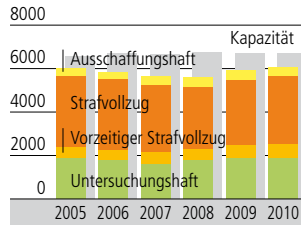
Die Entwicklung der Jugendstrafurteile zeigt eine steigende Tendenz (1999 bis 2010: +29%), wobei die Anzahl der Drogenfälle eher stabil ist, die des Diebstahls und die im Allgemeinen minderschweren Gewaltdelikte im Anstieg begriffen sind. Auch hier kann davon ausgegangen werden, dass weniger die zunehmende Straffälligkeit der Jugendlichen Grund für den Anstieg der Fallzahlen ist, sondern verstärkte Kontrolle.



Freiheitsentzug

In der Schweiz gab es 2010 114 (meist kleinere) Einrichtungen des Freiheitsentzugs mit insgesamt 6683 Plätzen. Am Stichtag, dem 1. September 2010, waren 6181 Plätze belegt. Somit lag die gesamte Belegungsrate bei 93%. Von den 6181 Insassen waren 61% im Strafvollzug, 31% in Untersuchungshaft, 6% wegen Zwangsmassnahmen nach dem Ausländergesetz und die übrigen 2% aus anderen Gründen inhaftiert. Mit wenigen Ausnahmen waren die Einrichtungen des Freiheitsentzugs in der Schweiz nicht überbelegt.

Insassenbestand nach Haftform

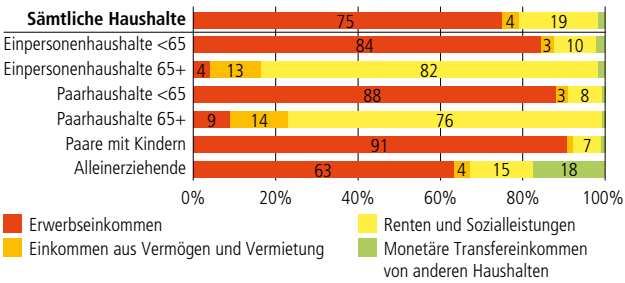


Rückfall

Die Wiederverurteilungsrate der 2006 wegen Verbrechen und Vergehen Verurteilten lag, bei einem Beobachtungszeitraum von 3 Jahren (d.h. bis 2009), bei 25%, diejenige von Jugendlichen bei 34%. Die höchsten Wiederverurteilungsraten hatten Personen mit zwei und mehr Vorstrafen, nämlich bei den Erwachsenen 64% und bei den Jugendlichen 66%.

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Kriminalität, Strafrecht

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Haushaltstyp 2006–2008



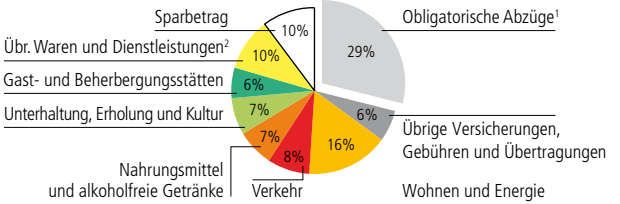
Haushaltsbudget: Einkommen

Über sämtliche Haushalte gemittelt stellen die Erwerbseinkommen mit 75% den Hauptpfeiler des Haushaltseinkommens dar. Der zweite wichtige Pfeiler bilden die Renten aus der 1. und 2. Säule sowie weitere Sozialleistungen mit über 19%. Die restlichen Anteile bilden Vermögenseinkommen sowie Übertragungen von anderen Haushalten.
Das Bild wird differenzierter, wenn die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens nach Haushaltstyp betrachtet wird. Dabei zeigt sich, dass beispielsweise bei Haushalten ab 65 Jahren die Renteneinkommen zwar dominieren, die Erwerbseinkommen und vor allem die Vermögenseinkommen aber eine nicht unwesentliche Rolle spielen.
Die Einkommen aus Überweisungen von anderen Haushalten schliesslich stellen nur bei spezifischen Haushaltstypen eine wichtige Einkommensquelle dar wie beispielsweise bei den Alleinerziehenden mit knapp 18%.

Haushaltsbudget: Ausgaben

Auf der Ausgabenseite variiert die Zusammensetzung weniger ausgeprägt. Den grössten Posten bilden mit knapp 29% des Bruttoeinkommens die obligatorischen Abzüge. Den grössten Posten im Bereich der Konsumausgaben bilden Ausgaben fürs Wohnen mit 16%. Weitere grössere Posten bilden die Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, für Verkehr sowie für Unterhaltung, Erholung und Kultur.
Nach Abzug sämtlicher Ausgaben bleiben im Durchschnitt rund 10% des Bruttoeinkommens als Sparbetrag übrig. Je nach Haushaltstyp zeigen sich hier aber deutliche Unterschiede. Haushalte ab 65 Jahren weisen im Durchschnitt einen tieferen Sparbetrag auf als jüngere. Manchmal liegt dieser sogar im Minus. Das heisst, diese Haushalte leben unter anderem vom Vermögen.

Zusammensetzung des Haushaltsbudgets 2006–2008

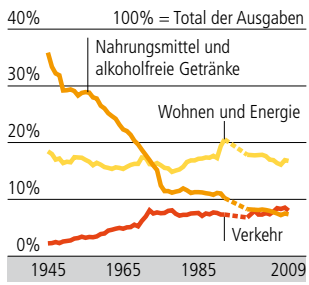


1 Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Krankenkassengrundprämien, Transfers an andere Haushalte
2 Abzüglich sporadische Einkommen

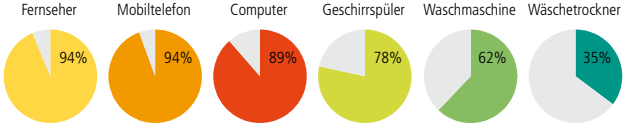
Die Haushaltsausgaben im Verlaufe der Zeit

Die Zusammensetzung der Haushaltsausgaben hat sich im Verlaufe der Zeit stark geändert. Diese Veränderungen sind deutlich grösser als die Unterschiede zwischen den Haushalten heute. So ist zum Beispiel der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke von 35% am Total der Ausgaben im Jahr 1945 auf 8% heutzutage zurückgegangen. Im Gegenzug hat der Anteil anderer Ausgaben zugenommen, wie zum Beispiel derjenige der Ausgaben für Verkehr von etwa 2% auf über 8%.

Entwicklung ausgewählter Haushaltsausgaben



Ausrüstung mit ausgewählten Konsumgütern 2009



Ausrüstung mit Konsumgütern

Die Darstellung der Ausrüstung mit einer Auswahl von dauerhaften Konsumgütern zeigt, dass Haushalte in der Schweiz im Bereich der Güter der Informationstechnologien recht gut ausgestattet sind. So leben 89% aller Personen in einem Haushalt, der über einen Computer verfügt, und 94% in einem mit Mobiltelefon. Diese Anteile sind nach wie vor im Steigen: im 1998 lebten erst 55% aller Personen in einem Haushalt mit Computer.

Auch im Bereich der Haushaltsgeräte wie Geschirrspüler, Waschmaschine und Wäschetrockner ist eine Zunahme zu beobachten. Während 2009 über 78% aller Personen in einem Haushalt mit Geschirrspüler leben, waren es 1998 erst 61%.

Materielle Entbehrungen

Wer ein dauerhaftes Konsumgut nicht besitzt, verzichtet nicht zwingend aus finanziellen Gründen darauf. 2010 mussten lediglich 1% der in der Schweiz wohnhaften Personen aufgrund ihrer finanziellen Situation auf einen Computer verzichten; bei den Autos für den Privatgebrauch betrug dieser Anteil 4%. Die häufigste materielle Entbehrung entstand aus mangelnden finanziellen Reserven: 21% der Personen in Privathaushalten waren nicht in der Lage, eine unerwartete Ausgabe in der Höhe von 2000 Franken zu tätigen. Es folgen die Entbehrungen im Zusammenhang mit der Wohnsituation: 17% der Bevölkerung lebten in einem zu lärmigen Quartier, 14% in einem von Kriminalität belasteten Quartier und 10% in einem Quartier mit Umweltbelastungen. Ausserdem konnten sich 10% der Bevölkerung nicht jedes Jahr eine Woche Ferien weg von zu Hause leisten.

Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung

Die Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung werden auf der Basis des verfügbaren Äquivalenzeinkommens analysiert. Dieses wird berechnet, indem die obligatorischen Ausgaben vom Bruttoeinkommen des Haushalts abgezogen werden und das sich daraus ergebende verfügbare Einkommen durch die Äquivalenzgrösse des Haushalts dividiert wird. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen ist demnach ein Index für den Lebensstandard der einzelnen Personen, unabhängig davon, in welchem Haushaltstyp sie wohnen.

Im Jahr 2010 war das verfügbare Äquivalenzeinkommen der wohlhabendsten Personen (20% der Bevölkerung) 4,3-mal höher als jenes der am schlechtesten gestellten Personen (20%).

Finanzielle Armutsgefährdung

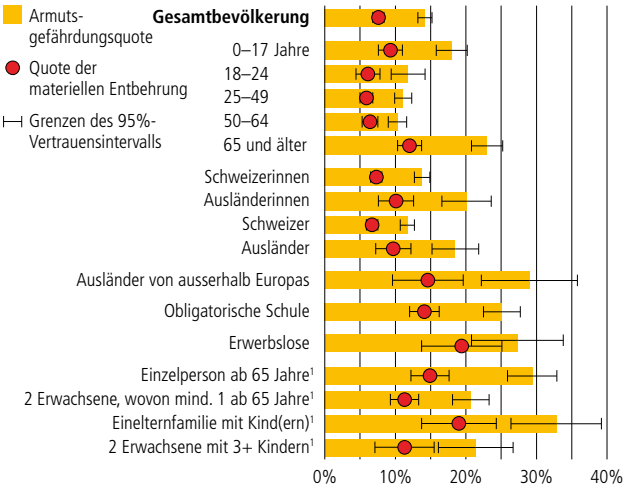
Vereinbarungsgemäss setzt die Europäische Union die Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medians des verfügbaren Äquivalenzeinkommens an. Armut wird somit als eine Form der Ungleichheit betrachtet: Ob eine Person als armutsgefährdet gilt, hängt also nicht allein von ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation ab, sondern auch von jener der anderen Personen im entsprechenden Land.

Zur Veranschaulichung: Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2010 bei 28 540 Franken pro Jahr für eine Einzelperson und bei 59 935 Franken pro Jahr für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren.

Im Jahr 2010 waren 14,2 Prozent der in der Schweiz lebenden Bevölkerung armutsgefährdet, d.h. fast jede siebte Person. Zu den am stärksten armutsgefährdeten sozialen Gruppen gehören Personen in Einelternfamilien oder kinderreiche Familien, 65-Jährigen und Älteren, insbesondere wenn sie alleine leben, Erwachsene ohne nachobligatorische Ausbildung, und schliesslich Kinder von 0 bis 17 Jahren.

Armutsgefährdung und materielle Entbehrungen 2010

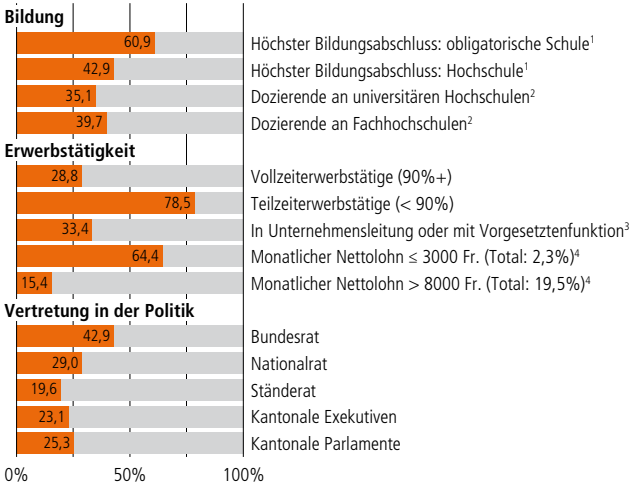
nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen



1 Personen in einem Haushalt, der diese Merkmale aufweist

Kennzahlen zur Gleichstellung von Frau und Mann

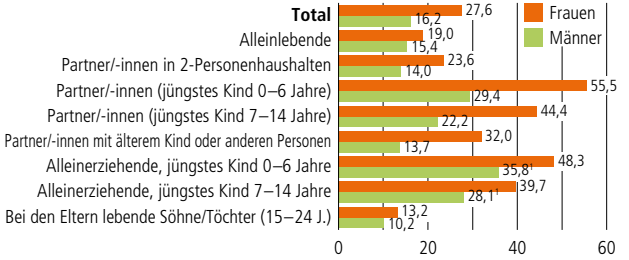
Frauenanteil in % (letzter verfügbarer Stand 2009–2011)



1 25- bis 64-jährige Wohnbevölkerung
2 Professorinnen, übrige Dozentinnen, Assistentinnen und wiss. Mitarbeiterinnen
3 Arbeitnehmende
4 Vollzeitarbeitnehmende, privater und öffentlicher Sektor (Bund)

Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit 2010

Durchschnitt, in Stunden pro Woche



Beteiligung an Freiwilligenarbeit 2010

in % der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren

	Frauen	Männer		Frauen	Männer
Informell	22,7	13,9	**Institutionell**	16,9	23,0
Verwandte Kinder betreuen	8,1	3,7	Sportvereine	4,0	9,0
Pflege von erwachsenen Verwandten	1,6	0,4	Kulturelle Vereine	3,5	5,3
Andere Dienstleistungen für Verwandte	3,1	2,6	Sozial-karitative Organisationen	3,6	2,5
Bekannte Kinder betreuen	5,7	1,9	Kirchliche Institutionen	3,6	2,1
Pflege von erwachsenen Bekannten	1,1	0,3[1]	Interessenvereinigungen	2,1	3,1
Andere Dienstleistungen für Bekannte	4,9	5,3	Öffentliche Dienste	1,2	2,4
Anderes	0,5[1]	0,3[1]	Politische Parteien, Ämter	0,7	2,0

1 Das Resultat beruht auf weniger als 50 Beobachtungen in der Stichprobe und ist deshalb mit grosser Vorsicht zu interpretieren

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

Sind wir auf dem Weg der Nachhaltigen Entwicklung?

1 Bedürfnisdeckung – Wie gut leben wir heute?			
Die Lebenserwartung in guter Gesundheit steigt	✓	Die Verurteilungen wegen schwerer Gewaltstraftaten nehmen zu	✗
Das Einkommen steigt nicht	≈	Die Erwerbslosigkeit nimmt zu	✗
2 Gerechtigkeit – Wie sind die Ressourcen verteilt?			
Die öffentliche Entwicklungshilfe nimmt zu	✓	Die Löhne von Männern und Frauen gleichen sich an	✓
3 Kapitalerhaltung – Was hinterlassen wir unseren Kindern?			
Die Lesefähigkeit von Jugendlichen verbessert sich	✓	Die Anzahl Beschäftigter in Wissenschaft und Technik nimmt zu	✓
Die Schuldenquote ist nach einem Anstieg wieder auf dem Niveau von 1992	≈	Die Brutvogelbestände nehmen zu	✓
Der Investitionsanteil am Bruttoinlandprodukt nimmt zu	✓	Die Siedlungsfläche nimmt zu	✗
4 Entkoppelung – Wie effizient nutzen wir die Ressourcen?			
Der Güterverkehr wächst stärker als die Wirtschaft	✗	Der Pro-Kopf-Endenergieverbrauch nimmt ab	✓
Der Anteil des öffentlichen Verkehrs nimmt zu	✓	Die Materialintensität nimmt ab	✓

Beurteilung der Entwicklung seit 1992:

✓ Positiv (in Richtung Nachhaltigkeit)
≈ Keine wesentliche Veränderung
✗ Negativ (weg von der Nachhaltigkeit)

In den meisten Lebensbereichen sind Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung vorhanden, gleichzeitig aber auch gegenläufige Trends feststellbar. So konnten in einigen Bereichen Verbesserungen hinsichtlich Ökoeffizienz erzielt werden, doch wurden diese oft durch Konsumsteigerungen kompensiert.
Fraglich ist auch die Fairness zwischen den Generationen: Die relativ positive Beurteilung der aktuellen Lage könnte auf Kosten zukünftiger Generationen zustande kommen. Beispielsweise verfügen rund 17% der Jugendlichen über nicht einmal grundlegende Lesekompetenzen. Und der Siedlungsflächenzuwachs geht grösstenteils auf Kosten von wertvollem Kulturland.

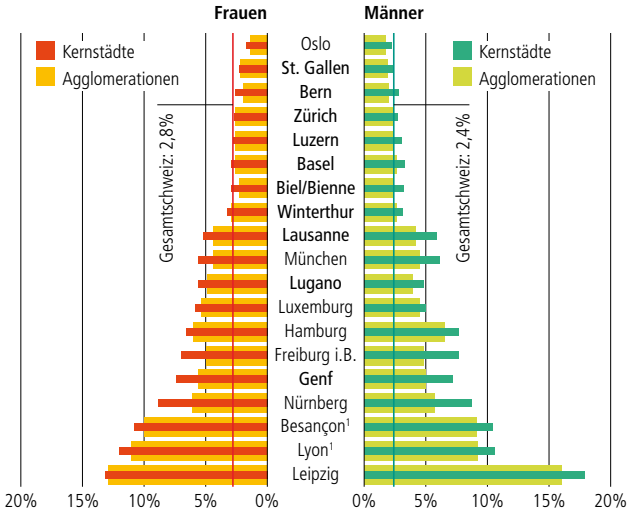
Der **ökologische Fussabdruck** misst die Nutzung der natürlichen Ressourcen und veranschaulicht die Knappheit des Umweltkapitals. Der Fussabdruck pro Person in der Schweiz ist zurzeit dreimal grösser als die weltweit pro Person durchschnittlich verfügbare Biokapazität. Die Hauptursache für den grossen Fussabdruck ist der Energieverbrauch.
Global gesehen ist die wirtschaftliche Entwicklung oft mit zunehmendem Umwelt- und Ressourcenverbrauch verbunden. Das heisst: Je höher das Volkseinkommen eines Landes, desto grösser dessen Fussabdruck. Der schweizerische Fussabdruck liegt im Durchschnitt der meisten westeuropäischen Länder. Die nordamerikanischen und einige europäische Länder verbrauchen pro Person bis zu 4,5mal mehr Ressourcen als weltweit pro Person zur Verfügung stehen. Südostasien und Afrika konsumieren pro Person deutlich unter dem Weltdurchschnitt.

▶ **www.statistik.admin.ch** → Themen → Nachhaltige Entwicklung

Ein europäisches Projekt: Urban Audit

Das europäische Projekt «Urban Audit» ermöglicht es, die Lebensbedingungen in den europäischen Städten auf drei räumlichen Ebenen zu vergleichen: Agglomeration, Kernstadt und Quartiere. Im Folgenden sind drei Beispiele von Indikatoren für eine Auswahl von Städten aufgeführt.

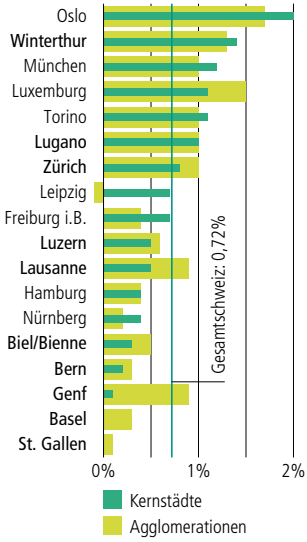
Arbeitslosigkeit 2008 — Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen, in %



1 Daten aus früherer Periode; keine Daten verfügbar für Torino

Entwicklung der Gesamtwohnbevölkerung 2004–2008

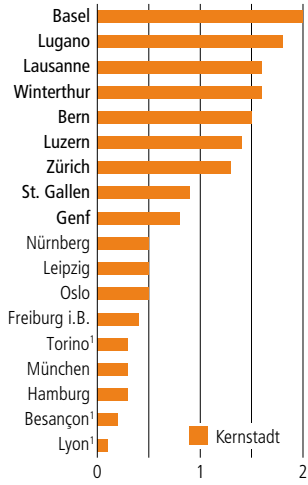
Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate



Keine Daten verfügbar für Besançon, Lyon

Anzahl Museen 2008

Pro 10 000 Einwohner

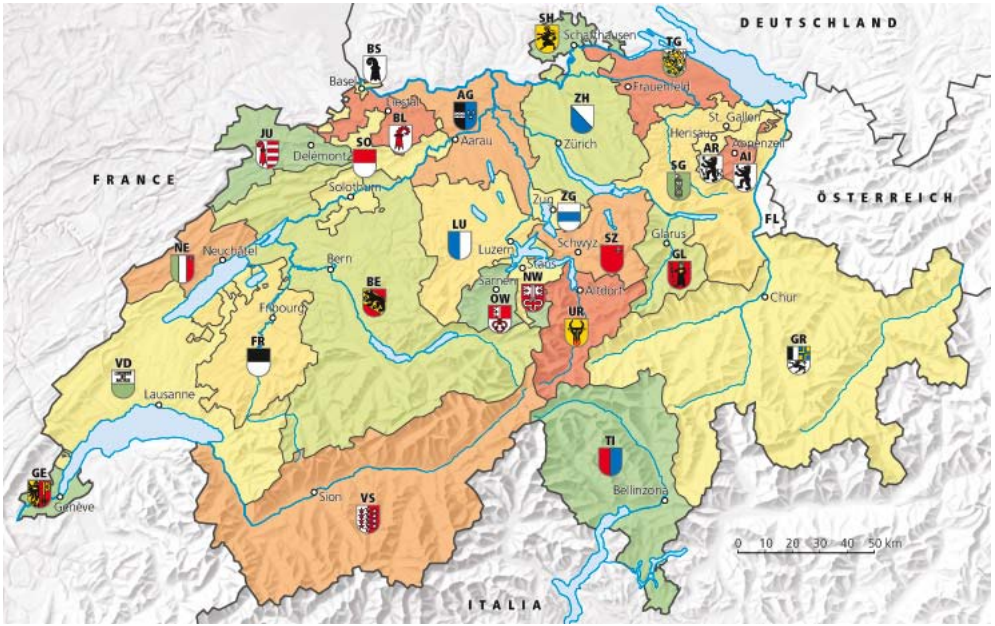


1 Daten aus früherer Periode

Keine Daten verfügbar für Luxemburg, Biel/Bienne

▶ **www.urbanaudit.ch**

Die Schweiz und ihre Kantone



26 Kantone
147 Bezirke
2495 Gemeinden

Stand 1.1.2012

○ Kantonshauptort

Kantonsabkürzungen vgl. Tabelle Seite 4

Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2012 inkl. DVD



Das Statistische Jahrbuch ist das Standardwerk der Schweizer Statistik. Es vermittelt ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz und bietet nebst Tabellen illustrierte Übersichten zu allen Themen der öffentlichen Statistik. Das Werk ist durchgängig zweisprachig deutsch und französisch; in englischer und italienischer Sprache wird zudem ein Querschnitt mit den wichtigsten statistischen Informationen angeboten. Die dem Jahrbuch beigelegte DVD enthält den Inhalt des Jahrbuchs 2012, ergänzt durch zahlreiche regionalstatistische und weitere zusätzliche Tabellen, sowie drei interaktive statistische Atlanten: den Stat@las Schweiz, den Stat@las Europa, sowie den Wahlatlas 2011.

Herausgegeben vom Bundesamt für Statistik. 576 Seiten (gebunden), Fr. 130.– (inkl. DVD).
Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei NZZ Libro, dem Buchverlag der Neuen Zürcher Zeitung. E-Mail: nzz.libro@nzz.ch



Das **Portal Statistik Schweiz** (www.statistik.ch) ist das umfassende Online-Angebot der öffentlichen Statistik der Schweiz. Hier sind die Medienmitteilungen, Publikationen des BFS und weiterer öffentlicher Statistikstellen sowie laufend aktualisierte detaillierte Ergebnisse in Form von Indikatoren und herunterladbaren Tabellen verfügbar. Attraktive Karten und Atlanten finden sich in den Kapiteln «Regional» und «International». Mit der Abonnierung des NewsMail-Dienstes oder von automatischen Benachrichtigungen (RSS-Feeds) können sich die Nutzer und Nutzerinnen über das breite Angebot auf dem Laufenden halten. Seit 2011 gibt es im bis anhin viersprachigen Statistikportal (deutsch, französisch, italienisch, englisch) auch ein romanisches Angebot.



Mit dem Mini-Statistikportal **http://mobile.bfs.admin.ch** bietet das Bundesamt für Statistik seit 2010 die wichtigsten statistischen Zahlen auch für mobile Geräte an.